

Sozialismus oder Planet B! Die Umweltbewegung antikapitalistisch machen!

Markus Lehner, Neue Internationale 242, November 2019

Wir befinden uns in einer globalen Notfallsituation - so verkündet es Greta Thunberg unermüdlich. Und sie hat Recht! Dabei hätte es nicht der unzähligen jungen Menschen bedurft, um dies zu erkennen. Seit Jahren verdichten sich die wissenschaftlichen Belege für die Anhäufung globaler ökologischer Probleme, von denen der menschenbewirkte Klimawandel nur das gravierendste ist. Es hätte gereicht, die ausführlichen Berichte des UN-Weltklimarates IPCC und seiner tausenden WissenschaftlerInnen zu lesen, um die Dramatik der Situation zu verstehen.

Inzwischen ist der Zusammenhang des Anstiegs menschenverursachter Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre (CO₂, CH₄, N₂O,...) mit der kontinuierlichen Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur theoretisch verstanden, experimentell überprüft und durch langjährige Beobachtung bestätigt. Eine Leugnung dieses Zusammenhangs hat wissenschaftlich gesehen das Niveau der Hohlwelttheorie oder ähnlicher Hirngespinnste. Damit gibt es auch sehr gut belegte Modelle über die langfristige Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur je nach weiterem Anstieg der Treibhausgasemissionen. Gegenüber dem Beginn der Industrialisierung hat sich diese mittlere Temperatur bereits um mehr als ein Grad erhöht, allerdings mit einer Tempozunahme in den letzten Jahrzehnten (jetzt bei 0,2

Grad pro Jahrzehnt).

Zunehmende Dramatik

Da der Abbau der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre nur sehr langsam vor sich geht, erfordert ein Gegensteuern gegen den Erwärmungstrend immer entschiedenere Maßnahmen zur Einsparung von Nettoneuemissionen (ein Teil der Neuemissionen wird ja durch natürliche oder technische Systeme absorbiert). Wurden 2010 weltweit etwa 40 Gigatonnen CO₂ netto emittiert, so erfordert die Begrenzung der mittleren Temperaturerhöhung bis 2100 auf 1,5 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit (das „Pariser Klimaziel“), dass dieser Nettobetrag bis 2030 auf unter 20 Gigatonnen und bis 2050 auf die Nettonull reduziert wird – dies allerdings immer noch mit dem Risiko von 50 %, dass der Temperaturanstieg höher liegen kann, also immer noch z. B. die 2-Grad-Grenze übersteigt.

Diese Temperaturdurchschnittswerte, ihre langfristigen Tendenzen und die so definierten Grenzwertüberlegungen sind deswegen so wichtig, da sie unmittelbar mit schwerwiegenden klimatischen Veränderungen zusammenhängen. Aufgrund der ungleichen Verteilung dieser Temperaturerhöhungen weltweit sind bestimmte Regionen härter betroffen als andere. So ist insbesondere die Veränderung der polaren Regionen dramatisch. Inzwischen schmilzt z. B. die Eisdecke im Nordpolarmeer im Monat Februar jede Dekade um 2,7 % mit zunehmender Tendenz, wobei die Durchschnittstemperatur am Nordpol mit doppelt so hoher Geschwindigkeit wie global steigt. Die Auswirkungen auf Klima, Meeresströmungen und -spiegel sind dramatisch. Die polare Erwärmung führt in subpolaren Gebieten zum Auftauen des Permafrostbodens, wodurch große Massen an zusätzlichen Treibhausgasen

(z. B. Methan)

freigesetzt werden. Gleichzeitig nehmen in (sub-)tropischen Regionen Dürrephänomene zu. So bewirkt die Klimaveränderung inzwischen z. B. ein periodisches Zusammenbrechen der Luftströmungen, die bisher die Dürreperioden für tropische Regenwälder abgemildert haben. Dies führt z. B. im Amazonasbecken zu einer extremen Zunahme von Waldbränden, die noch durch Agro- und Bergbauindustrie verstärkt werden. Gerade die tropischen Regenwälder, bisher einer der wichtigsten globalen CO₂-Speicher, geraten immer näher an Kipppunkte, wo tendenziell große Teile davon zu versteppen drohen. Besonders was diese zentralen Ökosysteme (Polargebiete, tropische Regenwälder) anbetrifft, macht die Frage der 1,5-Grad-Grenze einen entscheidenden Unterschied aus. Bei 2 Grad wird das Risiko, die besagten Kipppunkte zu überschreiten, enorm groß.

Natürlich wird

auch ein Planet mit höherem Meeresspiegel, ausgedehnten Wüsten in den tropischen Regionen, Zusammenbruch bisher für landwirtschaftliche Nutzung wichtiger Flächen usw. irgendwie weiter für Menschen bewohnbar sein. Er wird aber kaum mehr für die heutige Zahl an Menschen eine nachhaltige ökologische Basis für mehr als Subsistenz bieten. Die Klimafolgen werden Unbewohnbarkeit bestimmter Regionen, Zusammenbruch der Versorgungsbasis vieler Länder und damit Massenflucht und noch mehr „failed states“ bedeuten, samt Hungerkatastrophen und Verelendungsphänomenen. Mit anderen Worten: für einen großen Teil der Menschheit einen Rückfall in die Barbarei.

Die bis hier

dargelegte Analyse werden so oder ähnlich die meisten AkteurInnen der Klimakonferenzen, auch der diesjährigen COP25 in Santiago de Chile im November, teilen (natürlich mit wichtigen Ausnahmen wie der US-Regierung, im Unterschied zum Großteil der US-KlimaforscherInnen). Doch selbst wenn sie die

Begründungen

und Folgeschätzungen nachvollziehen, wie die Annahme der Klimaziele auf der COP21 in Paris zeigt, so heißt dies noch lange nicht, dass die Unterzeichnerstaaten auch danach handeln. Das globale 1,5-Grad-Ziel und die auf die verschiedenen Länder heruntergebrochenen Nettoemissionsziele (z. B. hätte Deutschland bis zur Nulllinie 2050 noch ein Budget von 6,6 Gigatonnen CO₂) müssten ja zu einem entsprechenden Plan für die schrittweise Reduktion je Jahrzehnt und Wirtschaftsbereich führen. Tatsächlich werden schon die Klimaziele für 2020 von fast allen Ländern krachend verfehlt und für die entscheidenden Jahre bis 2030 liegen Pläne vor, die ebensolche Lachnummern sind wie das „Klimapaket“ der deutschen Bundesregierung (bei den derzeitigen 0,8 GT jährlichen Netto-CO₂-Emissionen wird man mit einer fraglichen Verteuerung der Tonne CO₂-Verbrauch um 10 Euro kaum das 6,6 GT-Ziel erreichen).

Widerspruch zwischen Wissen und Inaktivität

Es fragt sich

also, warum trotz besserer Einsicht ein globales Handeln für den Erhalt eines lebensgerechten Planeten nicht möglich zu sein scheint. Dieser eklatante Widerspruch hat in den letzten Jahren immer wieder zu ökologischen Protestbewegungen geführt. Auch „Fridays for Future (FFF)“ oder „Extinction Rebellion (XR)“, die sich in eine lange Kette dieser Bewegungen einreihen, gehen davon aus, dass die „Einsicht“ noch nicht genug verbreitet sei und es nur am fehlenden politischen Willen der Regierungen liegen würde, dass nicht entsprechend gehandelt wird. Es wird davon ausgegangen, dass „die Bevölkerung“ noch zu wenig aufgeklärt sei und mehr Bewegung dazu führe, dass der politische Druck auch zu entsprechenden Maßnahmen der Regierenden führen werde. Dazu kommt, dass die verbreitete grüne Ideologie (insbesondere im globalen Norden)

davon ausgeht, dass die Lösungsmöglichkeiten für die ökologischen Probleme schon „technisch“ vorliegen würden und durch entsprechende „Marktanreize“ eine

Verschiebung zu einem „grünen Kapitalismus“ möglich sei. Voraussetzung wäre dann nur ein globaler Konsens, eine Einsicht der wirtschaftlich Mächtigen, dass ein ökologischer Umbau der Ökonomie doch auch im Interesse ihrer langfristigen Profite liegen würde, es also so wie den „Sozialstaat“ auch einen „Green New Deal“ geben könnte.

Alle diese Ansätze verkennen, dass es nicht um eine Frage der „Einsicht“ oder des politischen Willens geht, sondern um grundlegende Zwangsgesetze des globalen Kapitalismus. Dieses System ist weder einfach „Marktwirtschaft“, noch basiert es auf „demokratischem Interessensausgleich“ oder den Entscheidungen einzelner „freier“ Individuen – und seien sie selbst mächtige KonzernführerInnen. Kapitalismus basiert auf der Aneignung fremder Arbeit in Wertform und damit darauf, dass die Verwertung von Kapital in Form der stets wachsenden Kapitalakkumulation sich als abstraktes und alles bestimmendes Gesetz der Gesellschaft aufzwingt (was immer die AkteurInnen des Kapitals als „Einzelne“ sich dabei wünschen oder denken). Die Umwelt kommt für das Kapital hierbei als externe (durch Arbeit auszubeutende) Rohstofflieferantin und als ebenfalls externe Senke für die Abfallprodukte des Verwertungsprozesses ins Spiel.

Das Verhältnis des Kapitals zur Umwelt ist daher externalisierend. Wie auch bei der privaten Hausarbeit werden die Kosten für die Beanspruchung auf die Gesamtgesellschaft (bzw. den Planeten) abgeschoben. Auf die natürlichen Regenerationsprozesse, die zwischen Rohstoffnutzung, Verbrauchsergebnissen und der Wiederherstellung der Ausgangsstoffe liegen, kann das Tempo der Kapitalakkumulation nicht Rücksicht nehmen. Statt zu nachhaltiger Rohstoffnutzung tendiert das Kapital bei Verknappung von Rohstoffen oder eskalierenden Entsorgungsproblemen daher zu technischen Lösungen, die das Problem aber nur auf eine höhere Ebene heben. So in der kapitalistischen Landwirtschaft, die auf die Auslaugung der Böden durch extensive Nutzung mit dem Einsatz mineralischer Dünger vor allem aus Phosphaten und Stickstoff reagierte. Diese Intensivierung war zwar ein riesiger Fortschritt für die Ernährungssicherheit einer wachsenden Bevölkerung, andererseits aber mit

bekannten ökologischen Folgen. Letztlich sind Stickstoffdünger (neben der Viehzucht) durch die resultierende Freisetzung von N₂O einer der großen VerursacherInnen des Anstiegs von Treibhausgasen in der Atmosphäre.

Unmöglichkeit des „grünen“ Kapitalismus

Die Möglichkeit eines „grünen Kapitalismus“ ist daher angesichts des extraktivistischen Wesens der Kapitalakkumulation eine vollständige Irreführung. Im besten Fall sind die „Erfolge“ grüner Politik hierzulande das Resultat des Drucks von Massenbewegungen und der Verlagerung der Umweltprobleme in den globalen Süden. Die massive Verschiebung industrieller Prozesse aus den vormaligen „Industrieländern“ an billigere Standorte (mit weniger sozialen Rechten und ökologischen Auflagen) hat natürlich zu einer scheinbaren Abnahme von Umweltbelastungen im globalen Norden geführt – aber zur enormen Verschärfung von Vermüllung und Naturzerstörung in der halb-kolonialen Welt. Dazu kommt die Zunahme von Umweltbelastungen durch das enorm gestiegene Transportvolumen im „globalisierten“ Kapitalismus.

Daher ist es durchaus richtig, dass die Frage von Individualverkehr hierzulande ein verschwindender Beitrag zur Klimaveränderung ist gegenüber dem „ökologischen Fußabdruck“, den die Metropolen des Nordens insgesamt (vor allem durch die von ihnen beherrschten Konzerne) hinterlassen. Angesichts der Tatsache, dass heute in wesentlichen Bereichen wie Agro-Industrie, Rohstoffgewinnung, Chemie- und Pharmaindustrie, Stahl, Baustoffen etc. der globale Markt unter jeweils 4-5 Großkonzernen aufgeteilt ist, wundert es nicht, dass laut einer Studie des Journals „Climate Change“ (<https://link.springer.com/article/10.1007/s10584-013-0986-y>) nur 90 Konzerne für zwei Drittel der Treibhausemissionen weltweit verantwortlich sind.

„Climate Justice“-Bewegung

Diese

systemkritischen Analysen wurden von einem anderen, schon länger bestehenden Teil der internationalen Umweltbewegung, der sich unter dem Motto „Climate Justice“ (CJ = Klimagerechtigkeit) zusammenfindet, sehr im Gegensatz zu FFF oder XR zentral thematisiert. Gegründet im Zusammenhang mit den Protesten rund

um die Klimagipfel zu Beginn dieses Jahrtausends und im Zusammenwirken mit den

globalen Sozialforen nahm dieses Netzwerk die Verantwortung der Konzerne und die auch ökologisch ungerechte Weltwirtschaftsordnung zentral ins Visier seiner Proteste. Insbesondere rund um die COP15 in Kopenhagen 2009 gründete sich das CJ-Netzwerk,

das zu radikalen Aktionsformen gegenüber Konzernen und den Alibiverhandlungen

der Regierungen in der Klimapolitik aufrief. In Deutschland sind letztlich

„Ende Gelände (EG)“ bzw. die Netzwerke um die „Klimacamps“ das Resultat dieser

Strömung des Klimaprotests.

Sicher ist EG

mit dem Hauptslogan „System Change not Climate Change“ auf einer sehr viel richtigeren

politischen Spur als FFF und XR zusammen. Auch wenn international bei CJ nicht selbstverständlich, ist die deutsche Strömung deutlich im Lager des

„Antikapitalismus“ verankert. Anders als FFF und XR gibt es bei EG einen

konkreten Angriffspunkt: die Energiewirtschaft und die von ihr forcierte

Braunkohleverstromung als eine Hauptverursacherin von Treibhausgasemissionen

hierzulande. Im Gegensatz zu XR gibt es bei EG keine Illusionen in den

bürgerlichen Staat und seine Sicherheitsorgane, die im Wesentlichen

Konzerninteressen schützen. Die scheinbare Radikalität von XR-Aktionen kann

nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Aktionen „zivilen Ungehorsams“ vor

allem PR-Aktionen sind („Gewinnung der Öffentlichkeit“) unter Gefährdung der eigenen AktivistInnen („Aufopferung“) und bei gleichzeitiger Zusammenarbeit mit dem Staat („PolizistInnen sind auch vom Klimawandel betroffen“, „keine die Öffentlichkeit verstörende Gewaltbilder“). Dagegen setzt EG deutlich die Tradition der notwendigen Konfrontation mit den Systemkräften und der aktiven Mobilisierung zum Widerstand fort, wie ihn die Sozialforenbewegung zu Beginn des Jahrtausends begann (so erinnern die Aktionsformen deutlich an die „Tutti Bianchi“, die Demonstrierenden in weißen Overalls, von Genua und Co.). Während sich FFF und XR vor allem in Mittelstandsmilieus des globalen Nordens „international“ organisieren, ist CJ auch im globalen Süden oder in Osteuropa in aktivistischen Milieus vernetzt. So gibt es auch von EG eine wichtige Verbindung zu den Protesten in den für den europäischen Energiesektor so wesentlichen polnischen Kohlerevieren.

Beschränkungen

So sehr EG daher gegenüber XR und FFF politisch weiter links steht, so sind auch dessen Beschränkungen zu sehen. Einerseits ist EG noch sehr viel stärker auf studentisches und linkes Milieu konzentriert und findet nur über die Vernetzung mit einigen lokalen BürgerInneninitiativen eine beschränkte Verankerung darüber hinaus. Bei FFF gibt es durch das SchülerInnenmilieu wohl die größte gesellschaftliche Breite. Außerdem haben sie eine wesentliche und für den Kapitalismus die wohl gefährlichste Kampfform „entdeckt“: den Streik. Auch wenn dies „nur“ die sehr indirekte Form des „Schulstreiks“ betrifft, so wirkt die Idee offensichtlich ansteckend. Der Vorstoß, die „globalen Klimastreiks“ (der nächste Ende November zum COP25) zu einem (wenn auch nur symbolischen) Generalstreik auch in Produktionsbereichen zu machen, geht in eine richtige Richtung. Der Druck ist offenbar groß genug, dass sich Gewerkschaftsverbände „formal“ dem Aufruf anschließen. Wie bekannt, passiert aber in Deutschland

wenig, wenn nicht wirklich in den Betrieben dafür mobilisiert wird. Wie nicht verwunderlich, wird in Wirklichkeit trotz formeller Bekenntnisse („Beteiligung ja, aber nur wenn Zeitausgleich möglich“) von den Betriebsräten in den zentralen Industrien massiv gegen jeden wirklichen Streik gearbeitet. Gerade diese Auseinandersetzung in den Betrieben um die Frage des Klimastreiks und der damit verbundenen der klimaneutralen Transformation der eigenen Industrie ist aber in Wirklichkeit eine entscheidende für eine wirkliche massenhaft erzwingbare Änderung der Klimapolitik.

Anders als viele Teile der Umweltbewegung verbreiten, sind die Konzepte für eine ökologische Alternative zum gegenwärtigen extraktivistischen Kapitalismus nicht „schon alle da“ und „brauchen nur umgesetzt zu werden“. So überschlagen sich manche Umweltseminare in Schwärmereien von „konkrete Alternativen entwickeln“ jenseits jeglicher Produktionsprozesse und realer Machtverhältnisse. Tatsächlich müssen diese Alternativen in der Energiewirtschaft (z. B. Speichertechnologien), der Bauwirtschaft (z. B. klimaneutrale Baustoffe), Stahlindustrie, Landwirtschaft, Mobilitätsindustrien etc. erst im technischen Detail und der produktionsmäßigen Umsetzung mit viel Arbeitszeit und Kosten ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Gesellschaftliche Frage

Der ökologische Umbau ist lange nicht nur eine Frage von „Entscheidungen“, sondern vor allem ein arbeitsaufwändiger Transformationsprozess, der nur gegen den schärfsten Widerstand von Kapitalinteressen und auch nur international durchgesetzt werden kann. Zu glauben, dieser könne durch „Marktanreize“ (siehe die Farce des Zertifikatehandels) oder politische Verhandlungen (siehe „Kohlekompromiss“) erzielt werden, verkennt die Dimension und die Dringlichkeit einer raschen Einleitung dieses Prozesses.

Radikaler als

alle Grün-Parteien und viele Teile der Umweltbewegung zusammen hat die britische Labour Party auf ihrem letzten Parteikongress ein Programm für die Klimawende gemäß dem 1,5-Grad-Ziel beschlossen: Kernelement ist dabei, dass der

darin enthaltene Transformationsplan wesentlich die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien beinhaltet, besonders des Energiesektors. Die Frage der Entwicklung von Alternativplänen zum ökologischen Umbau muss natürlich die Eigentumsfrage stellen. Wie für eine reformistische Partei wie Corbyns Labour nicht anders zu erwarten, scheitert auch dieser Ansatz an seiner nationalen Beschränktheit und der Frage des gesamtwirtschaftlichen Zusammenhangs. Dabei

ist die Vergesellschaftung als internationale Aufgabe heute nicht mehr so abstrakt, wie es früher einmal schien: Wenn es nur 90 Konzerne sind, die einen Großteil des Problems international darstellen, dann ist dies, wie auch die Entwicklung eines internationalen Transformationsplans keine Utopie mehr. Zentral ist aber natürlich, dass auch verstaatlichte Großkonzerne weiterhin den Zwängen des globalen Kapitalverwertungsprozesses unterworfen sind und schnell selbst wieder gemäß der Kapitallogik funktionieren (so ist ja auch Vattenfall im Besitz des schwedischen Staates, agiert aber weltweit wie jeder andere Konzern).

Strategische Alternative

Es ist daher zentral, dass die soziale Kraft, die der Logik des Kapitals eine tatsächliche gesellschaftliche Alternative entgegenstellen kann, auch zur zentralen Akteurin in diesem ökologischen Transformationsprozess wird: die internationale ArbeiterInnenklasse. So zersplittert, politisch fragmentiert und sozial differenziert sie auch heute sein mag, so ist sie als Trägerin des gesellschaftlichen Produktionsprozesses doch die einzige soziale Kraft, die eine Umwälzung der Ökonomie weg von der Logik der Kapitalverwertung auch real

vollziehen kann. Durch Produktionskontrolle und gesellschaftliche Planung kann ein Gesamtkonzept des sozialen und ökologischen Umbaus erarbeitet werden, das auch tatsächlich die ökologischen und ökonomischen Kreisläufe in Einklang bringt, bei globalem und sozialem Ausgleich der Lasten des Umbaus. Die ArbeiterInnenklasse war auch diejenige Kraft, die bisher als einzige eine schlagkräftige internationale politische Organisation gegen die globale Macht des Kapitals hervorgebracht hat. Deswegen braucht es auch in der ökologischen Frage ein Wiederentstehen einer revolutionären Internationale.

Angesichts der tatsächlichen Situation der weltweiten ArbeiterInnenbewegung, die weit davon entfernt ist, heute für eine sozialistische Alternative zum Kapitalismus revolutionär zu kämpfen (was auch angesichts der ökologischen Krise notwendig wäre), müssen wir heute versuchen, die bestehenden Kämpfe der Umweltbewegung und die aufkeimenden Proteste der ArbeiterInnenbewegung rund um den anstehenden Transformationsprozess mit der weitergehenden sozialistischen Perspektive zu verbinden. Wie wenig das der Umweltbewegung rund um den Kohleausstieg gelingt, zeigt die Hilflosigkeit von EG gegenüber der politischen und ökonomischen Entwicklung in der Lausitz deutlich (siehe dazu den Artikel in dieser Ausgabe).

Es muss klar sein, dass weder das Kapital noch seine Regierung für die vom Kohleausstieg betroffenen ArbeiterInnen irgendeine Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre Zukunftsperspektiven haben - ganz so wie in allen anderen betroffenen Branchen (z. B. Automobilindustrie). Notwendig ist daher ein Programm der ArbeiterInnenkontrolle über den Umbauprozess der Industrie, das die Entwicklung von Alternativen und ökologisch sinnvollen Technologien in den Betrieben im Verbund mit der sozialen Absicherung der Beschäftigten vorantreibt. Was wir brauchen, sind keine „BürgerInnenversammlungen“, die ausgelost werden und ohne Macht über den Produktionsprozess sind (wie XR es vorhat), sondern Kontrollausschüsse und sich in der Auseinandersetzung entwickelnde ArbeiterInnenräte, die den Umbauprozess konkret durch ihre

Verankerung im eigentlichen Produktionsprozess auch umsetzen können. Gerade auf Grundlage dieser Produktionskontrolle durch die Beschäftigten kann auch die Struktur in den Konzernen geschaffen werden, die eine internationale Vergesellschaftung der HauptverursacherInnen der Treibhausgasemissionen realisiert.

Eigentumsfrage

Es ist klar,

dass diese Machtfrage in den Konzernen nicht ohne schweren politischen Kampf vor sich gehen kann – schon das dagegen geringe Problem der Teilnahme am globalen Klimastreik stellt ja in Deutschland die berühmte Frage des „politischen Streiks“ auf die Tagesordnung. Nur die Vorstellung davon stürzt schon

sämtliche Gewerkschaftsführungen hierzulande in kollektives Entsetzen. Dieser Kampf kann nur im Kampf um eine neue Führung der ArbeiterInnenbewegung gewonnen

werden wie auch in der Durchsetzung entschlossener Kampfformen gegen das Kapital. Dies wird unweigerlich auch den Kampf um die politische Macht beinhalten. Speziell auch deswegen, da eine wirkliche Klimawende auch einen demokratischen Gesamtplan des Umbaus benötigt. Es wird immer klarer, dass die Alternative entweder die Durchsetzung einer wirklich sozialistischen und ökologischen Planwirtschaft ist – oder wir müssen langsam nach einem Planet B suchen!

Raus aus der Kohle - durch wen?

Lars Keller, Neue Internationale 242, November 2019

Zum Auftakt der UN-Klimakonferenz ruft „Ende Gelände“ (EG) zur Blockade des Braunkohleabbaus in der Lausitz auf. EG reagiert damit auf das „Klimapaket“ der Bundesregierung, welches einer Aufgabe des 1,5-Grad-Zieles gleichkomme (<https://www.ende-gelaende.org/aufruf-lausitz-2019/>). Der Protest richtet sich dabei nur gegen einen Teil der TreibhausgasemittentInnen. Kraftwerke machen ca. 21 % des jährlichen Treibhausgasausstoßes in Deutschland aus, Sektoren wie Verkehr, Landwirtschaft und vor allem die industrielle Produktion selbst erzeugen deren Großteil.

LEAG

Der Protest in der Lausitz trägt letztlich einen symbolischen Charakter und richtet sich gegen das Versagen der Regierung und gegen einzelne Konzerne - in diesem Fall gegen die LEAG.

LEAG ist bloß

der Markenname der Lausitz Energie Verwaltungs GmbH, Lausitz Energie Bergbau AG

und der Lausitz Energie Kraftwerke AG, welche ihrerseits dem tschechischen Energiekonzern EPH gehören. EPH setzt seit Jahren auf den billigen Aufkauf fossiler StromerzeugerInnen und spekuliert hierbei auf im Rahmen der Energiewende steigende Strompreise, staatliche Entschädigungen sowie günstige CO₂-Zertifikate.

Die ArbeiterInnen

der LEAG stehen in der Mehrzahl hinter der Braunkohle und betrachten die Position der Unternehmensführung in den Verhandlungen um den Kohleausstieg als

positiv. Das heißt nicht, dass sie die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen den Klimawandel durchweg ablehnen, wohl aber, dass sie in der Frage des Ausstiegstempos auf der Seite der LEAG stehen. Eine entsprechende Position nehmen der Betriebsrat und die Gewerkschaft IG BCE ein, welche ihrerseits in

der Vergangenheit Demonstrationen für die Braunkohleverstromung organisierten und somit selbst zur ideologischen Bindung der Beschäftigten an Vattenfall bzw. LEAG beitrugen. Angesichts dessen ist es zwar verständlich, dass EG den Kohleausstieg durch Aktionen des zivilen Ungehorsams „selber machen“ will. Verständlich ist auch, dass viele Protestierende die Kraftwerks- und TagebauarbeiterInnen als ihren GegnerInnen betrachten – fatal ist letzteres aber trotzdem.

Warum?

LEAG, Betriebsräten, Regierung und auch manchen Protestierenden ist eines gemeinsam: Sie alle betrachten die Beschäftigten des Energiesektors als passiven Teil der erforderlichen Umstellung der Energieproduktion und allenfalls als Verhandlungsmasse. Das von Konzernen und Regierung vorgebrachte Argument der Jobsicherung ist zwar ohnedies scheinheilig, waren doch in der Lausitz zu Wendezeiten noch rund 80.000 Menschen im Energiesektor beschäftigt. Heute sind davon nach großzügiger Deindustrialisierung, technischer Produktivitätssteigerung und Arbeitsplatzvernichtung noch gut 8.000 übrig, plus die Jobs im Zuliefererbereich. Betriebsräte und Gewerkschaften haben das allenfalls „sozialverträglich“ ausgestaltet. So kommt es, dass die heute übrigen 8.000 Jobs zu den bestbezahlten der Region zählen und ganze Familien daran hängen, auch wenn „nur“ rund 3 % der Erwerbstätigen in der Lausitz direkt im Braunkohleabbau und den Zulieferunternehmen schuften. Die hohe Entlohnung und der drohende Arbeitsplatzverlust bilden sicherlich die wichtigsten Faktoren, warum ein Großteil der Beschäftigten einer umweltschonenden Energieerzeugung mit Skepsis gegenübersteht. Aber auch die Schwäche von EG, konkrete Forderungen und Perspektiven für die Beschäftigten aufzuzeigen, trägt dazu bei. Der für sich genommen richtige Slogan „There are no jobs on a dead planet“ geht an den Sorgen der in der Lausitz Beschäftigten

bestenfalls vorbei.

Es gibt jedoch

auch noch andere Faktoren der Skepsis: Seit der Wende sorgte die Bundespolitik nicht für die versprochenen „blühenden Landschaften“, sondern für ein durch sozialen Kahlschlag hervorgerufenes - und durchaus berechtigtes - Misstrauen gegenüber der Politik. Gerade weil die soziale Abstiegsangst in Brandenburg und Sachsen mit realen Erfahrungen verknüpft ist, kann die AfD, z. B. indem sie sich stramm hinter die Braunkohle stellt, hier erfolgreich sein.

Hinzu kommt,

dass die bisherige Umsetzung der Energiewende - nicht nur in den Augen vieler Beschäftigter - bestenfalls Flickschusterei gleichkommt. Den ArbeiterInnen des Sektors ist bekannt, dass die Gefahr eines Blackouts durchaus real ist. Dabei liegt diese durchaus nicht an der Abkehr von der fossilen oder atomaren Stromerzeugung an sich, sondern vielmehr daran, dass diese unter kapitalistischen Vorzeichen vermittelt einer immer härter werdender Konkurrenz und Profitzwängen notwendigerweise nur chaotisch stattfindet. Staatlichen Regulierungsmaßnahmen kommt hier allenfalls eine Reparaturfunktion zu.

Ein den

Produktivkräften entsprechender, schnellstmöglicher internationaler Ausstieg aus der Kohle ohne Stromausfälle und doch in der erforderlichen Eile ist ohne die Kontrolle der Beschäftigten des Energiesektors, ja der ArbeiterInnenklasse insgesamt unmöglich. Nicht nur, dass sie objektiv, geschichtlich kein Interesse daran haben können, sich Profitinteressen von EPH, RWE und Co. unterzuordnen

-

sie verfügen vor allem über das technische Know-how zur Umsetzung einer wirklichen Energiewende.

Doch das

bedeutet auch, eine Politik zu entwickeln und alle politischen Anstrengungen zu

unternehmen, um die Lohnabhängigen, einschließlich möglichst großer Teile der ArbeiterInnen der LEAG zu überzeugen und für diese Perspektive zu gewinnen.
Um

die vermittelt der IG BCE und den Betriebsräten umgesetzte Bindung an das Unternehmen aufzubrechen, brauchen AntikapitalistInnen wie in EG auch Forderungen und eine politische Strategie, die die Beschäftigten als AkteurInnen der Energiewende und des Strukturwandels in der Lausitz begreift, nicht als passive Verhandlungsmasse:

- Energiewende unter Einbeziehung der ArbeiterInnen in der Energiewirtschaft! Für einen demokratischen Plan zur Verwirklichung von Netz- und erneuerbarem Energieausbau sowie zur Entwicklung von Speichertechnologien! Für einen demokratischen Strukturplan in der Lausitz, der für die Ansiedelung von nachhaltigen Industrien sorgt! Für die Kontrolle dessen durch ArbeiterInnenkomitees und Gewerkschaften!
- Für eine Aufteilung der Arbeitszeit auf alle in der Region Lebenden – bei voller Lohnfortzahlung und Personalausgleich! Für ein öffentliches Programm gesellschaftlich nützlicher Arbeit und dementsprechender Umschulung bei einer Bezahlung, die mindestens dem bisherigen Entgelt entspricht!
- Lasst die SpekulantInnen und Konzerne für die Energiewende zahlen! Massive Besteuerung der Profite energieintensiver fossiler Industrien! Enteignung des gesamten Energiesektors unter ArbeiterInnenkontrolle!
- Wenn die Energiewende schnellstmöglich passieren soll, braucht es eigene Kampfaktionen der Beschäftigten! IG BCE und ver.di: Brecht mit den Konzernen, die die Lebensgrundlage der Menschheit zugunsten des Profits zerstören! Für den politischen Massenstreik der ArbeiterInnenklasse, der ein ökologisches Sofortprogramm der ArbeiterInnen selbst durchsetzt!

Lateinamerika: Welle der sozialen Erhebungen

[Liga Socialista](#), Brasilien, Neue Internationale 242, November 2019

Erschöpft von jahrelanger brutaler Ausbeutung haben breite Schichten der unterdrückten Bevölkerung den Kampf um ihr Überleben in ganz Lateinamerika in die eigenen Hände genommen. Die für die kommenden Jahre prognostizierte Krise des kapitalistischen Systems beginnt bereits zu greifen. In den letzten Jahren haben wir dramatische Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse erlebt, darunter den Aufstieg rechtsextremer populistischer und halb-faschistischer Kräfte und Putschversuche der Rechten.

Aber andererseits haben die unterdrückten Sektoren in vielen Ländern mutig auf diese Angriffe reagiert. Kapitalistische Krisen schaffen nicht nur Elend, Armut, Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und demokratische Rechte, sondern auch Kräfte, die zurückschlagen können, Kräfte des sozialen Wandels und schließlich der sozialen Revolution. Offensichtlich befindet sich der Kontinent in einer Zeit des sozialen Umbruchs und des intensiven Klassenkampfes. Eine kurze Übersicht veranschaulicht dies.

Ein Überblick

Ecuador erlebte Anfang Oktober

einen großen sozialen Umbruch, angeführt von indigenen Völkern, die sich schnell mit der ArbeiterInnenklasse verbanden, was Präsident Lenin Moreno veranlasste, die vorübergehende Verlegung des Regierungssitzes von Quito nach Guayaquil anzukündigen.

Die Massenbewegung wurde auch durch ein Präsidialdekret ausgelöst, das die Benzinsubvention beendete und zu einem dramatischen Preisanstieg führte. Darüber hinaus gab es einen starken Rückgang der Zahl der BeamtInnen. Monatliche Kürzungen, die den Löhnen eines Arbeitstages entsprechen, wurden als „Einsparung“ für den Staatshaushalt angekündigt.

Nachdem die Regierung gezwungen war, sich zurückzuziehen und das berüchtigte Dekret aufzuheben, hielt die Bewegung an, während Verhandlungen mit der Regierung aufgenommen wurden. Die indigene Bevölkerung hat jedoch bereits erkannt, dass die Regierung ihre Führung austrickste und die Verhandlungen abschloss. Die Rückkehr der Mobilisierungen scheint wahrscheinlich, wenn nicht sogar unvermeidlich.

In **Venezuela** führten der von den USA geförderte Putschversuch gegen das boliviarische Regime von Präsident Nicolás Maduro und der Versuch, ihn durch Juan Guaidó zu ersetzen, der an der Spitze einer Oppositionskoalition rechter politischer Kräfte steht, zu massiven Zusammenstößen, zu Todesfällen, Verhaftungen und Verschlechterungen der wirtschaftlichen Bedingungen. Nach dem Scheitern des Putsches wurde vorerst zumindest eine Einigung zwischen der Regierung und Teilen der rechten Opposition erzielt. Dies wird jedoch nur eine vorübergehende Pause darstellen, da sowohl die USA als auch die Rechte entschlossen sind, das boliviarische Regime zu stürzen. Die Sanktionen und die Wirtschaftsblockade, die von den USA unter Barack Obama im Jahr 2015 verhängt und unter Donald Trump verschärft wurden, haben die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der VenezolanerInnen einschließlich der Hyperinflation, des weit verbreiteten Hungers mit über drei Millionen AuswanderInnen in die umliegenden Länder noch verschärft.

Vor kurzem stießen Pro- und Anti-Regierungs-Märsche in den Städten Caracas und Maracaibo am 24. Oktober zusammen. Die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV), Maduros Partei, demonstrierte gegen den Internationalen Währungsfonds, gegen den Imperialismus, gegen die ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker und für Souveränität und Unabhängigkeit. Niemand sollte jedoch seine Augen vor der Tatsache verschließen, dass die Wirtschaftspolitik des bolivarianischen Regimes ein wichtiges Maß an Schuld an den schlechten Bedingungen der Massen teilt und immer mehr Opfer und Härten für die Armen fordert. Gleichzeitig schont die Regierungspolitik die Interessen der venezolanischen Bourgeoisie und zielt darauf ab, wirtschaftliche Unterstützung vom chinesischen und russischen Imperialismus zu erhalten. Sie deckt auch die Korruption innerhalb des Regimes selbst ab. Last but not least hat Maduro die ArbeiterInnen und ihre AnführerInnen unterdrückt, die gegen die Verschlechterung ihrer Lage ankämpfen.

Chile

Chile erlebt eine großartige Revolte, die damit begann, dass StudentInnen gegen die Tariferhöhung im öffentlichen Nahverkehr kämpften. Als die Regierung beschloss, den Erlass über die Neuanpassung der Zölle zurückzuziehen und aufzuheben, war es zu spät. Die Bewegung hat sich bereits ausgebreitet und verbindet verschiedene Bereiche der Unterdrückten, verknüpft soziale und wirtschaftliche Forderungen mit der nach einem Bruch mit dem Erbe des Neoliberalismus. Die Regierung reagierte mit einer Ausgangssperre, die auf den Gesetzen basiert, die während der Herrschaft des Diktators Pinochet festgelegt wurden. Aber die Massen haben auf den Straßen ihren Mut und ihre Entschlossenheit bewiesen, indem sie gepanzerten Fahrzeugen, Schlagstöcken, Tränengasbomben und anderen Razzien gegenüberstanden und den Rücktritt von Präsident Sebastián Piñera forderten.

Bei Zusammenstößen mit den

Repressionskräften sind bisher mindestens 18 Menschen gestorben, 123 verletzt und mehr als 5.500 verhaftet worden. Aber das konnte Wachstum und Dynamik der

Bewegung nicht brechen, indem sie zu Generalstreiks aufrief, embryonale Formen

von ArbeiterInnen- und Volksräten und der Selbstverteidigung schuf. Die Führung der Bewegung, die chilenische Kommunistische Partei und die Frente Amplio (Breite Front) sowie die Gewerkschaftsbürokratie versuchen jedoch, den Kampf auf politische und soziale Reformen zu beschränken, anstatt für einen unbefristeten Generalstreik zu plädieren, um die Regierung zu stürzen und durch eine ArbeiterInnenregierung zu ersetzen.

Bolivien

In **Bolivien** war Evo Morales bei den Präsidentschaftswahlen für die vierte Amtszeit gewählt worden. Die bolivianische Rechte versuchte, ihre eigenen AnhängerInnen aus dem Mittelstand und unzufriedene Kräfte aus den sozialen Bewegungen zu sammeln, indem sie Morales des Wahlbetrugs beschuldigte, dass seine Kandidatur illegitim sei. De facto zielt sie auf den Sturz von Morales. Die Proteste gegen ihn erinnern eindeutig an ähnliche Versuche, „linke“ PräsidentInnen oder Regierungen wie die von Dilma Rousseff (PT) in Brasilien zu stürzen. Während die konservative und rechte Opposition unter der Führung von Carlos Mesa, Präsident von 2003 bis 2005, mehr Privatisierungen, mehr Öffnungen für den Neoliberalismus und die Abschaffung der von der regierenden MAS eingeführten Sozialreformen fordert, konnte sich die Rechte auch an einige ehemalige AnhängerInnen von Morales wenden, weil die bolivianische Regierung selbst in den letzten Jahren begonnen hat, die Wirtschaft und ihre Bodenschätze für ausländische InvestorInnen zu öffnen und sich gegen Teile der Massen wandte.

Argentinien

In **Argentinien** wurde Mauricio Macri bei den Präsidentschaftswahlen von Alberto Ángel Fernández und seiner Kandidatin Cristina Fernández de Kirchner besiegt. Die PeronistInnen feiern nun ihren Sieg und haben das Ende von Macris Sparpolitik versprochen. Nach mehreren Generalstreiks, die die Straßen des Landes einnahmen und die argentinische Hauptstadt erzittern ließen, spiegelt die Größe der Volksabstimmung für Fernández und Kirchner einen Linksruck wider. Aber die neue peronistische Regierung steht vor einem Land in schwerer Wirtschaftskrise. Die Währung verliert rapide an Wert, Kapital fließt ins Ausland.

Inzwischen hat die Krise

bereits zu einer Verarmung von Millionen Menschen geführt – und es ist klar, dass die neue Regierung kein Programm hat, das diese Probleme lösen könnte. Sie

schwankt und manövriert zwischen dem Imperialismus, seinen Institutionen wie dem IWF, der argentinischen Bourgeoisie und dem Druck der Massen. In dieser Situation sind soziale Explosionen wahrscheinlich. Die 2,18 %, die für den Kandidaten Nicolás del Caño von der ArbeiterInnen- und Linksfront (FIT-Unidad) stimmten, zeigen, dass es hier ein echtes Potenzial für die Entwicklung einer alternativen Führung der ArbeiterInnenklasse gibt, sofern sie die Massen und Gewerkschaften vom Peronismus wegführen und brechen kann.

In **Uruguay** fand die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 27. Oktober statt, die zweite folgt am 24. November. In der ersten Runde gewann Daniel Martínez von der linken Mitte Frente Amplio (Breite Front) die meisten Stimmen mit 39,9 %. Neben dem Wahlkampf stehen die UruguayerInnen vor einem großen Kampf gegen die Verfassungsreform des Kongresses, die darauf abzielt, die Haftstrafen für schwere Verbrechen zu erhöhen, darunter die Verabschiedung von „lebenslanger Haft“, die Einrichtung einer Polizei mit Militärpersonal, die Einrichtung von Nachtgefängnissen mit richterlicher Genehmigung und die wirksame Vollstreckung von Verurteilungen. Viele UruguayerInnen verstanden sehr gut, was das bedeutet: den Weg in eine Diktatur. Es ist dies das Recht, im Dienste des US-Imperialismus zu versuchen, ganz Lateinamerika zu dominieren. Genau aus diesem Grund wurden die Straßen von Montevideo, der uruguayischen Hauptstadt, von riesigen Massen von DemonstrantInnen besetzt.

Haiti

Haiti befindet sich in einer schweren Krise, die durch Treibstoffmangel und institutionalisierte Korruption verursacht wird. Spontane Ausbrüche von Unzufriedenheit blockieren die Straßen mit Steinen und brennenden Reifen. Neben der Metropolregion wurden von der Stadt Arcahaie, der Artibonitregion, Mirebalais, der Zentralregion, dem nördlichen haitianischen Kap und verschiedenen Punkten im Süden des Landes totale Blockaden gemeldet. Das Land steht, wie Chile, vor einer sozialen Krise und einer Verschärfung des Klassenkampfes, der die Frage nach dem Sozialismus, der Revolution stellt.

In **Honduras** gingen am Mittwoch, den 23. Oktober, Tausende auf die Straßen der Hauptstadt und forderten den Rücktritt von Präsident Juan Orlando Hernández wegen Vorwürfen, die ihn mit dem Drogenhandel verbinden. Zu den Protesttagen gehörten Straßensperren, Barrikaden auf Boulevards und Studentenproteste. Hernández kam 2014 an die Macht und wird seither von der Armee, der Nationalpolizei und dem Obersten Gerichtshof unterstützt.

In **Kolumbien** gingen Tausende von StudentInnen auf die Straße und besetzten am 10. Oktober die Straßen von Bogotá. Die Bevölkerung ist empört über die Sparpolitik, die das Volk erstickt, und die imperialistische Plünderung, die von ihrer Regierung freiwillig gefördert und ermuntert wird, wie es in Brasilien geschieht. Diese Art von Politik führt zur Zerstörung des Bildungssystems, der öffentlichen Ordnung und der demokratischen Freiheiten. Wir können sagen, dass Kolumbien ein weiterer Schnellkochtopf ist, der kurz vor der Explosion steht.

In **Brasilien** wird die Situation der Lohnabhängigen trotz der scheinbaren Passivität immer ernster: hohe Arbeitslosigkeit; Verlust von Rechten; Umweltkriminalität, die die Bevölkerung betrifft; eine schrumpfende Wirtschaft und jetzt der Verlust von öffentlicher und sozialer Sicherheit. Linke Organisationen wie die Hauptgewerkschaftsföderation CUT und PT (ArbeiterInnenpartei) erfüllen nicht ihre Pflicht, die ArbeiterInnenklasse zu

mobilisieren und zu organisieren.

Stattdessen setzen sie ihre Hoffnungen auf die Spaltungen unter den PolitikerInnen der herrschenden Klasse, die einige der Aktionen der Regierung Bolsonaro ermöglicht haben. Wir können hoffen, dass die Welle der Rebellionen, die durch Lateinamerika zieht, als Impuls für die brasilianische ArbeiterInnenklasse und ihre Organisationen dienen wird, diese Lähmung zu überwinden und entweder die Führung zu zwingen, ihre Aufgaben zu erfüllen, indem sie die Straßen des Landes wieder einnimmt, oder indem die militanten KämpferInnen, die selbst Koordinationen für das Handeln bilden, diese übernehmen.

Perspektive für den Kontinent

Die politische Situation in Lateinamerika gleicht einem Pulverfass. Es gibt drei miteinander verknüpfte Gründe, die die Lage trotz offensichtlicher nationaler Unterschiede herbeiführen:

- Erstens die bevorstehende globale Krise des Kapitalismus, die diesmal die schwächeren Volkswirtschaften der halbkolonialen Staaten trifft, noch bevor sie die imperialistischen Zentren vollständig erreicht. Auch Regionalmächte wie Brasilien werden auf Ration gesetzt, was den halbkolonialen und pro-imperialistischen Charakter ihrer herrschenden Eliten immer stärker in den Vordergrund rückt.
- Zweitens ist Lateinamerika selbst zu einem Schauplatz für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den USA und China als HauptantagonistInnen geworden, aber auch mit den europäischen

Mächten und Russland als MitstreiterInnen. Die soziale Krise und ihre Kämpfe überschneiden sich in vielen Ländern mit dem Versuch der USA, ihre in den 2000er Jahren verlorene Hegemonie wiederzuerlangen. Das bedeutet, die linkspopulistischen Regierungen in Venezuela, Bolivien zu stürzen, so wie es ihnen gelungen ist, die PT-geführte Regierung in Brasilien zu verdrängen, d. h. durch Putsche, entweder „konstitutionell“ oder militärisch, unter dem Deckmantel der Mobilisierung wirtschaftlicher Unzufriedenheit durch die Bevölkerung.

- Drittens hat die soziale und politische Krise zu einer massiven Zunahme des Klassenkampfes geführt, meist in Form einer Reaktion auf Angriffe bürgerlicher Regierungen auf die Lebensbedingungen. Einige dieser Abwehrkämpfe sind jedoch bereits zu allgemeinen politischen Auseinandersetzungen geworden (Haiti, Chile), die die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen aufwerfen.

Diese Regierungen, die gegen die Interessen der Bevölkerung handeln und von den Kräften der Unterdrückung und des Imperialismus unterstützt werden, müssen von der vereinten ArbeiterInnenklasse, der Bauern-/Bäuerinnenschaft, den städtischen und ländlichen Armen sowie verarmten KleinbürgerInnen in einem gemeinsamen entschiedenen Kampf gestürzt werden. Die Bevölkerung muss auf den Straßen weiter mobil machen und die Bewegung in einen revolutionären Generalstreik verwandeln.

Der einzige wirkliche Ausweg für die ArbeiterInnenklasse, die indigene Bevölkerung und die Massen ist der Sturz pro-imperialistischer Regierungen und die Ersetzung durch ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenregierungen. In einer Reihe von Ländern könnte der Aufruf zur Einberufung einer freien und souveränen verfassunggebenden Versammlung ein wichtiges Mittel sein, um den bürgerlich-demokratischen Bedürfnissen (und Illusionen) von Millionen Menschen gerecht zu werden. Aber es ist auch klar,

dass selbst die demokratischste verfassunggebende Versammlung immer noch eine bürgerliche Institution, ein Terrain für den Kampf wäre und nicht die Lösung.

Daher muss das oberste Ziel die Schaffung von ArbeiterInnen- und Bauern-/Bäuerinnenregierungen sein, die ArbeiterInnen- und Volksräte, die sich auf bewaffnete Milizen, die sich aus Selbstverteidigungsorganen entwickeln, und Räten dieser SoldatInnen, die sich auf die Seite der Bewegung der Massen stellen, stützen.

Dies wäre ein großer Schritt zur Umkehrung der reaktionären Flut der letzten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, und bei der Schaffung Vereinigter Sozialistischer Republiken Lateinamerikas.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir jedoch die Krise der Führung der ArbeiterInnenklasse auf dem Kontinent überwinden. Die vorherrschenden Kräfte in den aufkommenden und sich entwickelnden sozialen Kämpfen haben immer noch einen linkspopulistischen oder reformistischen Charakter. Um zu verhindern, dass diese die Bewegungen wieder einmal irreführen, muss die ArbeiterInnenklasse ihre eigenen revolutionären Parteien aufbauen, damit sie tatsächlich den Volksmassen - den Bauern/Bäuerinnen und Landlosen, der städtischen Kleinbourgeoisie, den indigenen Gemeinschaften und verschiedenen sozialen Bewegungen - Führung geben und sie hinter einem Aktionsprogramm vereinen kann, einem Programm von Übergangsforderungen, das zur sozialistischen Revolution und Transformation des gesamten Kontinents führt.

SPD-Vorsitzendenwahl: NRW gegen GroKo?

Tobi Hansen, Neue Internationale 242, November 2019

Zunächst die

Zahlen: 53 % Wahlbeteiligung, d. h. praktisch 213.693 gültige Stimmen von 425.690 Mitgliedern. Die Übergangsführung um Dreyer, Schäfer-Gümbel und Schwesig sowie Generalsekretär Klingbeil wollten auf jeden Fall die über 50 % als basisdemokratische Erneuerung feiern. Dass die sechs zur Auswahl stehenden Duos

über 200.000 Mitgliedern praktisch egal waren, zeigt auch den zerrütteten Zustand dieser Partei.

Das Duo „Erfahrung

und Vereinigung“, Schwan und Stegner, erhielt 9,6 % und fuhr somit das schlechteste Ergebnis ein. Köpping und Pistorius, die LandesministerInnen aus Sachsen und Niedersachsen, erzielten 14,61 %. Sie hatten eher mit „Law and Order“ und „Sorgen der BürgerInnen“ zu punkten versucht und wurden mit 14,63 %

knapp von Scheer/Lauterbach geschlagen. Diese hatten deutlich Richtung Rot-Rot-Grün argumentiert, ein „GroKo“-Ende gefordert wie auch mit Klima und Gesundheit argumentiert. Eher überraschend war, dass Kampmann/Roth, das dynamische „Wohlfühl“-SPD-Duo mit 16,28 % den 3. Platz machten, nur geschlagen von den „FavoritInnen“ im Vorlauf. Das nordrhein-westfälische Duo Walter-Borjans/Esken

holte mit 21,04 % den 2. Platz, knapp hinter Scholz/Geywitz die mit 22,68 % schlussendlich gewannen.

Vom 19.-29.

November wird per Urabstimmung zwischen diesen beiden Duos entschieden.

Beim

Bundesparteitag vom 6.-8. Dezember soll das Siegerduo durch die Delegierten bestätigt werden. Während in der britischen Labor Party die Abstimmung über den

Parteivorsitz zu hunderttausenden Eintritten führte, wollten 47 % der SPD-Mitgliedschaft

darüber nicht abstimmen und schon gar niemand neu eintreten. Da war z. B.

die „NoGroKo“-Kampagne der Jusos 2018 deutlich erfolgreicher. Mehrere zehntausende

Eintritte folgten. Jetzt unterstützt die Jugendorganisation Walter-Borjans/Esken.

Während Scholz/Geywitz

vor allem für ein geräuschloses Weiterregieren in der Bundesregierung stehen –

Scholz macht Vizekanzenler und Geywitz Parteiführung –, steht das „NRW“-Duo für eine Rückbesinnung auf die „linke“ Volkspartei, inkl. Steuergerechtigkeit, digital

für alle und etwas Sozialromantik. Vor allem will es auch eine andere

Regierungspolitik, weiß neben den Jusos auch den größten Landesverband hinter sich wie wahrscheinlich auch die dortigen DGB-GewerkschafterInnen.

Dass die Konkurrenz

zur aktuellen Bundes-SPD aus NRW kommt, ist nicht überraschend. Hier lebt mehr

als ein Drittel der Mitglieder der Partei und der aktuelle Landesvorstand steht der GroKo kritisch gegenüber.

Eine „finale“ Krise?

Die zerfaserte

SPD-Linke könnte in diesen Vorstandswahlen und den begleitenden Diskussionen

über die GroKo gewinnen. Es ist aber weder klar, ob sie die politischen Entscheidungen herbeiführen kann, noch wohin sie eigentlich will - inwieweit die Jusos, die man nicht insgesamt auf „Kühnert-Kurs“ sehen sollte, die DL 21 um Mattheis/Hirschel oder gar Landesverbände wie Bayern und NRW tatsächlich die GroKo platzen zu lassen bereit wären.

Gerade deshalb wäre eine breite Diskussion in den Gewerkschaften, Betrieben, Ortsverbänden, Stadtteilen, Quartieren eine gute Möglichkeit, tatsächlich große Teile der Mitgliedschaft zu mobilisieren für ein GroKo-Ende und für einen Bruch mit der neoliberalen und sozialpartnerschaftlichen Spitze in Partei und letztlich auch den Gewerkschaften zu kämpfen. Dazu ist die SPD-Linke derzeit jedoch nicht in der Lage.

Die krisengeschüttelte SPD erodiert in ihrer aktuellen Krise so sehr, dass sie ihren letztmöglichen „Sinn“ für den deutschen Imperialismus verlieren könnte. Dieser besteht ja gerade darin, ihre soziale Basis unter den Lohnabhängigen „einbinden“ zu können und zugleich als tüchtige Vollstreckerin der Gesamtinteressen des Kapitals zu fungieren. Bundesweite Umfragewerte von 13 % lassen Zweifel an dieser Fähigkeit aufkommen. Wird der aktuelle Kurs fortgesetzt, so könnte für die Partei tatsächlich die „finale“ Phase ihrer Krise anbrechen.

Für sozialistische, kommunistische, revolutionäre Linke beinhalten diese Krisen, Umbrüche und Wendepunkte jedoch Chancen, wenn sie in die Konflikte der reformistischen Organisationen eingreifen, von deren linken Flügel einen innerparteilichen Kampf wie auch Mobilisierungen auf der Straße fordern - und zugleich immer wieder die Notwendigkeit einer revolutionären Alternative, einer neuen und kommunistischen ArbeiterInnenpartei betonen.

Vor der nächsten Krise: Eine neue Strategie für die Gewerkschaften!

Frederik Haber, Neue Internationale 242, November 2019

Die nächste große Krise der Weltwirtschaft steht vor der Tür. Auch in Deutschland kippt die Entwicklung Richtung Rezession. Besonders betroffen ist die Auto- und Zulieferindustrie, das viel beschworene Flaggschiff der deutschen Industrie und des Exports. Tausende Stellen werden schon gestrichen. Die Arbeitsplätze werden nicht wieder besetzt, aber Tausende sollen in den nächsten Monaten auch entlassen werden. Unvermeidlich werden die verschiedenen Krisenherde sich gegenseitig verstärken. Verschärfte Konkurrenz und Handelskriege können alles schnell schlimmer machen.

Gewerkschaftstage

Ver.di und IG Metall haben ihre Gewerkschaftstage abgehalten und dabei so getan, als ginge sie das nichts an. Krise, wo sie herkommt, welche Gefahren es gibt, wie verhindert werden kann, dass wieder die ArbeiterInnenklasse mit Arbeitsplätzen, Reallohnverlust und weiterer Prekarisierung bezahlt - keine Themen. Digitalisierung ist zwar ein Punkt, aber die Gewerkschaftsführungen akzeptieren sie, fordern eine sozialverträgliche Umstellung und tun so, als ob diese „partnerschaftlich“ möglich wäre.

Gleiches gilt für den Klimaschutz. Offiziell sind die DGB-Gewerkschaften dafür. Praktisch tun sie nicht viel und da, wo er dem Kapital nicht passt, machen sie weiter wie bisher. Ähnlich wie die

Bundesregierung.

Aber alle diese Themen spitzen sich auch in den Betrieben zu. Da werden Debatten über neue Zusatzrenten wie bei der IG Metall nichts helfen. Appelle an die Arbeit„geberInnen“ und die „Politik“ auch nicht. Arbeitszeitverkürzung, selbst bezahlt mit Lohnverlust, wie sie die IG Metall vor zwei Jahren vereinbart hat und wie sie ver.di für den öffentlichen Dienst plant, kann als selbst bezahlte Kurzarbeit höchstens ein Tröpfchen auf die heißen Steine sein, die demnächst nicht mehr ignoriert werden können, wie dies die Gewerkschaftsbürokratie derzeit noch tut.

Auch wenn in den Gewerkschaften - nicht nur auf den Kongressen - um die drohenden Gefahren keine wirkliche Debatte stattfindet, es gibt Unbehagen und Unmut.

Unzufriedenheit

Ein Zeichen war die Klatsche für IGM-Chef Hofmann auf dem Gewerkschaftstag, als er das schlechteste Wahlergebnis eingefahren hat, das jemals ein Vorsitzender ohne GegenkandidatIn erhielt. Ein Signal war auch die Umfrage, die die IGM-Spitze im letzten Jahr unter den Mitgliedern machen ließ - nicht von den Vertrauensleuten, sondern ganz management-modern von einem Beratungsinstitut: Die immer noch hohe Zufriedenheit mit der Politik und den Ergebnissen der Organisation war gepaart mit einer dramatisch abgestürzten „Bindungskraft“.

Diese vage Unzufriedenheit oder kriselnder Glaube an die Führung können sich in den Strukturen solcher Organisationen nur sehr schwer manifestieren und formulieren. Im Gegenteil, die Strukturen wie die Politik des Apparates sind voll darauf fokussiert, Kritik mundtot zu machen oder zu isolieren, WortführerInnen einzukaufen oder zu entfernen. Eine neue, andere

Strategie – ja selbst die Debatte darüber – muss organisiert angegangen, müsste dem Apparat von einer klassenkämpferischen Opposition erst aufgezwungen werden.

Doch diese existiert nicht, allenfalls in bescheidenen Ansätzen. Die kleinen oppositionellen Kerne in den Strukturen müssen sich vernetzen, aber mehr als das: Sie müssen auch Diskussionen und Initiativen absprechen und koordinieren. Sie dürfen sich nicht auf in den Gewerkschaftsgliederungen aktive Oppositionelle beschränken, sondern müssen auch kämpferischen, aber von den Gewerkschaften desillusionierten Mitgliedern eine Perspektive zeigen.

Das erfordert den Aufbau verbindlicher Strukturen, die letztlich darauf abzielen müssen, eine andere Politik gegen die heutige Führung durchzusetzen und damit auch diese zu ersetzen. Es erfordert nicht nur den Kampf gegen einzelne BürokratInnen, sondern das Brechen der Macht und Kontrolle des Apparates über die Gewerkschaften.

Praktisch erfordert das, örtliche und betriebliche Kerne aufzubauen, die in der Lage sind, an Brennpunkten, z. B. in Betrieben, die gegen Entlassungen oder für Tarifverträge kämpfen, solidarische Unterstützung zu organisieren und den kämpfenden KollegInnen zu helfen, eigene Vorschläge zur Führung des Kampfes gegen den Ausverkauf durch die BürokratInnen zu entwickeln und durchzusetzen. Es bedeutet auch von Anfang an, dass sich diese nicht nur um rein gewerkschaftliche Fragen, sondern auch um politische – Kampf gegen Rassismus, Abschottung der EU, internationale Solidarität und Mobilisierung zum Klimastreik, um nur einige Beispiele zu nennen – gruppieren.

Strategiekonferenz 2020

Nach vielen Jahren gibt es wieder eine Chance für den Aufbau einer solchen Struktur. Bis etwa 2005 hatte es bundesweite Konferenzen der Gewerkschaftslinken gegeben, die bis zu 400 TeilnehmerInnen versammelt hatten.

Diese waren immer geprägt vom Widerspruch zwischen denen, die daraus handelnde

Strukturen aufbauen, und denen, die nur „Austausch“ pflegen wollten.

Der Aufbau der Linkspartei löste den Konflikt in Richtung Unverbindlichkeit. Die Konferenzen unter dem Titel „Erneuerung durch Streik“ dominierten das Feld. Auf der letzten dieser Art, die im Februar 2019 in Braunschweig stattgefunden hat, wurde aber mehr Leuten klar, dass dieses Format nicht reicht, um das, was eigentlich nötig wäre, anzugehen. Am 25./26. Januar 2020 soll eine Strategiekonferenz in Frankfurt/M. stattfinden. Die Kernthemen stehen auf der Agenda. <https://www.vernetzung.org/>.

Damit aber auch da qualitativ und quantitativ was rauskommt, muss noch viel passieren. Betriebliche AktivistInnen müssen verstehen, dass nicht ihr/e Betriebsratsvorsitzende/r das Problem ist, sondern die SozialpartnerInnenschaft, die alle Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit heute durchzieht.

Mit anderen Worten: Die betrieblichen AktivistInnen und die betrieblich engagierten Linken dürfen nicht denselben Fehler machen wie die Gewerkschaftsbürokratie, nämlich zu glauben, sich durch die kommende Krise wurschteln zu können. Auch die Linke kann noch mehr in die Defensive kommen, als sie heute schon ist. Sie kann aber auch gewinnen, wenn sie die Antworten gibt, die die bürokratischen Führungen heute verweigern!

Fragen

Dazu muss die Konferenz im Januar neben der Vernetzung und dem notwendigen Aufbau handlungsfähiger Strukturen vor allem auch strategische

Fragen klären: Welches Aktionsprogramm brauchen wir zum Aufbau einer klassenkämpferischen, organisierten Basisbewegung gegen die Bürokratie? Wie kann eine solche nicht nur in Deutschland aufgebaut, sondern auch mit ähnlichen Initiativen in ganz Europa, ja global vernetzt werden?

Die Diskussion um diese Fragestellungen ergibt sich letztlich aus dem Charakter der kommenden Angriffe. Der globale Kapitalismus bewegt sich auf einen erneuten Krisenausbruch zu. Die Abwälzung seiner Kosten auf die Lohnabhängigen wird nur durch Methoden des Klassenkampfes - Besetzungen, politische Großdemonstrationen und Massenstreiks - zu verhindern sein. Zugleich werfen die kommenden Auseinandersetzungen die Frage nach einem anti-kapitalistischen Aktionsprogramm der ArbeiterInnenklasse auf, das notwendigerweise nicht nur ein gewerkschaftliches, sondern ein gesamtgesellschaftliches sein muss. Und schließlich muss dieser Kampf international koordiniert geführt werden, da national isolierte Kämpfe - zumal in der EU - unvermeidlich an ihre Grenzen stoßen werden.

Die Strategiekonferenz im Januar bietet den Rahmen, diese Fragen nicht nur in kleinen Zusammenhängen, sondern mit all jenen zu diskutieren, die über eine Gewerkschaftsopposition nicht nur reden, sondern einen erneuten Anlauf zu ihrem Aufbau machen wollen.

Strategiekonferenz 2020

Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik

25./26. Januar 2020

Frankfurt/Main, DJH Jugendherberge, Deutschherrnufer 12

Programm und Anmeldung: <https://www.vernetzung.org>

Revolution und Konterrevolution in der DDR, Teil 2: Vom Herbst 89 zur Wiedervereinigung

Bruno Tesch, Neue Internationale 242, November 2019

Im [ersten Teil](#) haben wir uns mit Entstehung und Niedergang der DDR beschäftigt. Im zweiten Teil widmen wir uns der Entwicklung bis zur Restauration des Kapitalismus.

Vom Sommer 1989 bis zur Wiedervereinigung erlebte die DDR eine tiefe politisch-revolutionäre Krise, die schließlich in

einer sozialen Konterrevolution mündete. Im Sommer hatte eine nicht mehr zu bremsende Massenabwanderung eingesetzt. Im Herbst kam es dann zu Massendemonstrationen, die sich gegen die Untragbarkeit der repressiven Zustände wandten und nach politischen Reformen verlangten. Bis zum November 1989 befand sich die Bewegung in der Offensive. Der Parteiapparat und die Staatssicherheitsorgane mussten Schritt für Schritt zurückweichen. Daran zeigte sich, wie morsch das Regime schon war. Daran konnten selbst die Palastrevolution und die Absetzung Honeckers im Oktober als Parteichef nichts mehr retten. Auch die UdSSR war nicht mehr bereit, das Staatsgefüge zu stützen.

Der Zusammenbruch eines Teils der Nachkriegsordnung im Osten, eine politisch-revolutionäre Krise in der DDR konnte nur zu drei Resultaten führen: bürokratische Konterrevolution, politische Revolution oder soziale Konterrevolution.

Grundfragen

Gerade wenn wir die zentralen Aufgaben der politischen Revolution in der DDR – die Eroberung der Staatsmacht und Reorganisation der Planwirtschaft – betrachten, wird unmittelbar deutlich, dass diese von Beginn aufs Engste mit der ArbeiterInnenklasse und sozialen Revolution im Westen verbunden waren. Wie hätte die DDR-Wirtschaft reorganisiert werden sollen und können, wenn nicht im engen Verbund mit den Klassenbrüdern und -schwestern im Westen?

Daher war die Losung einer Vereinigten Sozialistischen Räterepublik in ganz Deutschland eine zentrale Frage vom Beginn der Massenbewegung in der DDR an.

Sie musste jedoch konkret übersetzt werden in Schritte zum sofortigen Aufbau von direkten Verbindungen zwischen den

Gewerkschaften, betrieblichen AktivistInnen in Ost und West, in ein Aktionsprogramm zur Lösung der dringendsten Aufgaben auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, das mit der Losung einer revolutionären ArbeiterInnenregierung verbunden werden musste. Unsere Vorläuferorganisation, die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale, hat von Beginn an die Frage der revolutionären Wiedervereinigung sehr konkret aufgeworfen und gleichzeitig die Notwendigkeit dargelegt, jede Rekapitalisierung der DDR einschließlich einer kapitalistischen Wiedervereinigung entschieden zu bekämpfen.

Die Frage der Wiedervereinigung war von Beginn an virulent, obwohl sie in den ersten Wochen der Mobilisierung gegen die Bürokratie nicht offen gestellt wurde. Das hing damit zusammen, dass gerade in den Stellungnahmen des Großteils der kleinbürgerlichen „BürgerInnenbewegung“ die Forderungen im Wesentlichen auf demokratische Reformlosungen beschränkt waren. Aber diese Ziele mussten auch von RevolutionärInnen in dieser Phase aufgegriffen und zugespitzt werden. Das trifft besonders auf Losungen wie Organisationsfreiheit, Reisefreiheit, Pressefreiheit zu.

Zugleich zeigte sich von Beginn an auch die politische Schwäche der BürgerInnenbewegung darin, dass ihr größter Teil die Krise in der DDR im Wesentlichen als „Demokratiefrage“ betrachtete und weitgehend blind war gegenüber der Notwendigkeit, gerade auch eine Antwort auf die tiefer liegende Krise der bürokratischen Planung zu geben.

Gründe für konterrevolutionären Umschwung

Wo die BürgerInnenbewegung und besonders ihr linker

Flügel ökonomische Konzepte entwickelten, stellten sie der bürokratischen Planwirtschaft jedoch entweder nur eine Spielart des utopischen „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus oder eine Form des „Marktsozialismus“ entgegen. Das traf auch auf die linkesten Strömungen wie Vereinigte Linke zu, die in der „Böhlener Plattform“ einer Form der „ArbeiterInnen selbstverwaltung“ nach jugoslawischem Muster das Wort redete.

Hinzu kam, dass die BürgerInnenbewegung insgesamt politisch eine Reformperspektive des SED-Staates vertrat. Der Druck der Massenbewegung führte Ende 1989 zur Installation der sogenannten „Runden Tische“, die der perspektivlosen und konfusen Opposition ein Forum boten, vor allem aber der noch herrschenden SED-Bürokratie zupasskamen.

Sie erlaubten allen um die Tische versammelten Kräften, die Massen zu demobilisieren, auf die Arbeit in den „neuen“ Gremien zu vertrösten. Die zunehmende Orientierung auf bürgerliche parlamentarische Wahlen zur Volkskammer trug ebenfalls dazu bei, die politische Energie von der Straße an die Wahlurnen zu verlagern.

Die BürgerInnenbewegung übergab die Initiative an die teilweise aus ihr, teilweise aus den Blockparteien entstandenen, offenen bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie einerseits, an die SED-PDS andererseits.

Die tieferen Ursachen des „Umkippen“ der Bewegungsrichtung bestanden in folgenden Faktoren:

- Erschöpfung der Potentiale der bürokratischen Planwirtschaft;

- Fehlen einer politischen Führung, die eine Alternative für die Avantgarde der ArbeiterInnenbewegung mit der Perspektive des revolutionären Sturzes des SED-Regimes und einer revolutionären Wiedervereinigung hätte weisen können;
- weitgehende Zerstörung des Klassenbewusstseins des Proletariats

Dennoch entstanden in der Frühphase der Bewegung Strömungen wie die Vereinigte Linke, die sich auf eine landesweite Bekanntheit und einen Anhang unter der Intelligenz und Teilen der bewussten ArbeiterInnenschaft berufen konnte und einige hundert AktivistInnen und zehntausende AnhängerInnen umfasste. Außerdem kam es zu politischer Oppositionsbildung in den Gewerkschaften - z. B. in der Initiative Unabhängige Gewerkschaften - und, vor allem Ende 1989, zu einer tiefen politischen Krise in der SED.

In diesen politischen Bewegungen nach links hätten RevolutionärInnen eingreifen müssen und AnhängerInnen für die Bildung einer wirklich revolutionären Partei finden können. Die Entwicklung wurde noch dadurch erschwert, dass die ArbeiterInnenklasse nicht nur nicht als bewusstes politisches Subjekt auftauchte, sondern auch betriebliche und kommunale Formen proletarischer Selbstorganisation sehr rar blieben.

Revolutionäre Aufgaben 1989

Revolutionäre Agitation und Propaganda musste sich auch stark auf die Notwendigkeit der Schaffung von räteähnlichen Strukturen und Kampforganen der Arbeiter und Arbeiterinnen konzentrieren und diese mit der

Notwendigkeit der Errichtung einer demokratischen Planwirtschaft verbinden. Eine solche wäre jedoch unmöglich gewesen ohne den revolutionären Sturz der SED, die Zerschlagung des Staatsapparates, die Forderung nach Abzug der sowjetischen Armee, nach Entwaffnung von Polizei, Armee, Betriebskampfgruppen und der Übergabe ihrer Waffen in die Hände von ArbeiterInnenmilizen.

Ein zweiter zentraler Punkt war der Kampf gegen demokratische Illusionen. Dazu war es angesichts des fehlenden Klassenbewusstseins des Proletariats unbedingt notwendig, die Kritik des Charakters der bürgerlichen Demokratie und die Propagierung des Räteystems mit Forderungen zu verbinden, die die Hoffnungen in die bürgerliche Demokratie einem Test unterzogen hätten und gleichzeitig dazu angetan waren, den Schaden dieser Illusionen zu minimieren.

Eine solche Herangehensweise war um so dringlicher, als der politisch-revolutionäre Prozess November/Dezember 1989 seinen Schwung verloren hatte, die spontane Massenmobilisierung mehr und mehr unter die Fuchtel offen restorationistischer Führungen geriet und auch SED, SED-PDS (später die PDS) unter Krenz, Modrow und Gysi auf den Kurs der kapitalistischen Wiedervereinigung umschwenkten. Sie willigten ein, im März 1990 bürgerliche Parlamentswahlen abzuhalten.

Demobilisierung und Rechtsentwicklung

Die „Runden Tische“ waren in dieser Hinsicht für alle bürgerlichen, kleinbürgerlichen und bürokratischen Kräfte ein Mittel, sich dem Druck der ArbeiterInnen zu entziehen. In dieser Phase wurde von der westdeutschen Bourgeoisie und der SPD auch die Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung offensiver ins Treffen geführt.

Durch die allgemeine Orientierung auf
Parlamentswahlen war die Massenbewegung damit von der Straße weg vor die
Fernsehschirme verbannt. Anfang 1990 war es noch die SPD, die nun die
Hoffnungen der ArbeiterInnenklasse und der Mittelschichten in der DDR auf sich
zog. Aber sie vertrat einen Wiedervereinigungsplan, der weder die
historisch-strategischen Interessen des deutschen Imperialismus voll
befriedigte noch den Werktätigen der DDR eine vernünftige Perspektive bot:
Wiedervereinigung in zehn Jahren (womit die SPD in trauter Gemeinsamkeit mit
den MonetaristInnen der Deutschen Bundesbank gegen das „Abenteuer
Wiedervereinigung“ stand).

Die zögerliche Haltung der SPD hatte nichts mit
anti-imperialistischen Überlegungen zu tun, sondern spiegelte ihre soziale
Basis in der westdeutschen ArbeiterInnenaristokratie wider, die borniert, aber
nicht zu Unrecht fürchtete, die Zeche für die Expansion des deutschen
Imperialismus zahlen zu müssen. Statt gemeinsam mit den Klassenbrüdern und
-schwestern im Osten in die Offensive zu gehen, blieb die ArbeiterInnenklasse
im Westen gegenüber den Ereignissen passiv, skeptisch, abwartend. Die SPD
redete einer Variante der kapitalistischen Wiedervereinigung das Wort, deren
Kosten allerdings nur die ostdeutschen ArbeiterInnen hätten begleichen müssen.

Diese sahen sich daher zu Recht von der SPD im
Stich gelassen. Dass die DDR-Wirtschaft mit bürokratischer Planung light nicht
aus der Krise gebracht werden konnte, wusste auch der/die unpolitischste
DDR-ArbeiterIn.

Eine einigermaßen große kämpfende
Propagandagruppe revolutionärer KommunistInnen hätte in dieser Phase
zumindest
der Avantgarde eine politische Orientierung geben können. Es existierte aber
kein solcher Kern.

Die Haltung der westdeutschen

ArbeiterInnenbewegung, die Politik der SPD, aber selbst die Position eines Teils der „radikalen“ Linken, dass die Revolution (und Konterrevolution) in der DDR ausschließlich eine Angelegenheit der DDR-Bevölkerung sei, führten nicht nur zum stetigen Terrainverlust im Osten, sondern sicherten dem Imperialismus auch ein ruhiges Hinterland.

Kohls Sieg

Andererseits hatte die BRD-Regierung unter Kohl als einzige Kraft die weltgeschichtlichen Potentiale der Situation nicht nur begriffen, sondern auch sehr selbstbewusst im Interesse der langfristigen Perspektiven des deutschen Imperialismus die Initiative ergriffen. Der „ideelle Gesamtkapitalist“ hat in dieser Situation auch ganze Sektoren des deutschen Kapitals, nicht zuletzt die Bundesbank, zur Seite geschoben und Kurs auf eine rasche kapitalistische Wiedervereinigung genommen. Wenige Wochen vor der letzten Volkskammerwahl ging der westdeutsche Imperialismus in die Offensive. Die Ost-CDU, nunmehr Marionette der Bonner Regierung, gewann die Wahl. Der eigentliche Sieger hieß Kohl.

Keine einzige größere Partei, die zur Wahl stand (auch nicht die SED-PDS), hegte auch nur die Absicht, die kapitalistische Wiedervereinigung und Abwicklung der DDR zu verhindern. Entscheidende ökonomische Mechanismen – darunter die Gründung der Treuhand und die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion vom Juli 1990 – waren schon unter der Regierung Modrow auf den Weg gebracht worden. Nun folgte die endgültige Zerstörung des degenerierten ArbeiterInnenstaats DDR mit der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wiedervereinigung im Herbst war dann bloß der staatliche Nachvollzug dieser Regelung.

Besonders skandalös war das Verhalten des DGB:
Im Herbst 1989 verhielt er sich passiv, stumm und gleichgültig gegenüber den

Klassengeschwistern in der DDR. Kaum aber war die Vereinigung unter bürgerlich-kapitalistischen Vorzeichen ausgehandelt, vollzog er als Erstes den ‚Vereinigungsprozess‘ durch Übernahme des FDGB (Gewerkschaftsverband der DDR).

Der DGB liquidierte dabei kurzerhand alle bestehenden verbrieften Errungenschaften der DDR-ArbeiterInnenklasse und kassierte außerdem klammheimlich gleich noch den letzten Beschluss des FDGB, der ein Vetorecht der Gewerkschaften gegen arbeiterInnenfeindliche Gesetze forderte. Die DGB-BürokratInnen betätigten sich also als willfährige Speerspitze des bundesdeutschen Imperialismus.

Nein zur kapitalistischen Vereinigung!

Zu den letzten Volkskammerwahlen konnten RevolutionärInnen keine der antretenden Parteien unterstützen. Sie waren in einer ganz entscheidenden Stunde einer Wahl, die im Grunde eine Abstimmung über die Existenz der Errungenschaften der DDR war, allesamt auf der falschen Seite der Barrikaden. Die soziale Konterrevolution nahm dadurch auch wie in den meisten osteuropäischen Ländern eine bürgerlich-demokratische Form an.

Im Frühjahr 1990 hätte das Schwergewicht der Intervention revolutionärer KommunistInnen auf folgende Punkte konzentriert werden müssen: die Verteidigung der existierenden Errungenschaften, den Kampf gegen den beginnenden Ausverkauf der DDR-Wirtschaft an das Kapital, ein klares Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung bei gleichzeitiger Herstellung enger Verbindung zu den ArbeiterInnen im Westen (besonders in jenen Konzernen und Banken, die sich anschickten, den Osten zu „erobern“), den Kampf für volle demokratische Rechte für die ArbeiterInnenbewegung und die Schaffung von den Belegschaften verantwortlichen Kampforganen, die bei einer Generalisierung und Zuspitzung der Abwehrkämpfe zu landesweiten räteähnlichen Organen, zu

OrganisatorInnen von Massenstreiks gegen Kapital und Bürokratie, gegen NATO und sowjetische Truppen ausgebaut werden mussten.

Solche Organe hätten gleichzeitig die Grundlage für eine revolutionäre ArbeiterInnenregierung bilden können, für die Zerschlagung der Reste des SED-Staatsapparates und die Errichtung einer proletarischen Räterepublik in Deutschland. Eine solche Entwicklung hätte die revolutionäre Wiedervereinigung mit unzweifelhaft progressiver Dynamik auf die Tagesordnung gesetzt. Vor allem aber hätte der Zusammenbruch der alten Weltordnung mit einem Fanal für die Ausweitung der Revolution nach Ost- und Westeuropa begonnen.

Dass es nicht so gekommen ist, lag zweifellos an ungünstigen politischen Voraussetzungen und der geringen Zeitspanne, die für die Entstehung proletarischen Klassenbewusstseins und für eine grundlegende Umgruppierung der Kräfte in der ArbeiterInnenbewegung genutzt werden hätte müssen. Die kapitalistische Wiedervereinigung war eine historische Niederlage für die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland und eine besonders schwere für das Proletariat in der ehemaligen DDR.

Es ist kein Zufall, dass seit den frühen 1990er Jahren fast alle zentralen Angriffe auf die Errungenschaften im Westen durch „Probelaufe“ und „Vorstöße“ im Osten gestartet worden sind. Die Deindustrialisierung und der Verlust an gewerkschaftlicher Kampferfahrung und -bereitschaft des Proletariats in den neuen Bundesländern haben die ArbeiterInnenklasse in der ganzen BRD geschwächt. Gleichzeitig wurde die weltpolitische Rolle des deutschen Imperialismus gestärkt. Die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland steht seit 30 Jahren einem Klassengegner gegenüber, der sich viel besser aufgestellt hat, als es die Betrachtung der rein territorialen Ausdehnung wiedergibt.

Thüringen nach der Wahl: Was nun Linkspartei?

Tobi Hansen, Neue Internationale 242, November 2019

Thüringen bildete den Abschluss der ostdeutschen Landtagswahlen. Wenn auch in der Tendenz - Wachstum der AfD, Bestätigung der Partei des Ministerpräsidenten als stärkster Kraft - ähnlich, entscheidet sich das Ergebnis doch in einem wesentlichen Punkt. Während in den Landtagen von Brandenburg und Sachsen die „Parteien der Mitte“ (noch) über eine absolute Mehrheit verfügen, stellen in Thüringen Union, SPD, Grüne und FDP gemeinsam weniger als die Hälfte der Abgeordneten.

Die beiden stimmenstärksten Parteien und Siegerinnen der Wahlen vom 27. Oktober, Linkspartei und AfD, vereinen mehr als die Hälfte der ParlamentarierInnen auf sich. Die bürgerliche „Mitte“ reagiert „geschockt“ und verstört. In der „Mitte“, zwischen den beiden „Extremen“ AfD und Linkspartei, ließe sich keine Regierung bilden.

Der Schock sitzt tief - diesmal vor allem bei der CDU. Dass SPD und Grüne verloren, überrascht nach den Umfragen der letzten Wochen nicht wirklich. Allein die Linkspartei vermochte diesmal die „Arbeit der rot-rot-grünen Landesregierung“ und den Ministerpräsidentenbonus für sich zu verbuchen, so dass sie an Stimmen und Abgeordneten sogar weiter zulegen konnte, während ihre Koalitionspartnerinnen verloren. Sie erzielte 31 % (plus 2,8 %) und damit 29 Sitze im Landtag.

Die FDP schaffte mit 5 % knapp den Einzug in den Landtag, was mit dazu beitrug, dass Rot-Rot-Grün über keine Mehrheit im Landtag verfügt. Die Liberalen feierten diesen „Sieg“, als hätten sie ein politisches Wunder vollbracht – ein Zeichen dafür, wie gering mancherorts die politischen Erwartungen geworden sind.

Dramatisch sind die Ergebnisse der Parteien der Großen Koalition. Die CDU verlor 11,7 % und sackte hinter Linkspartei und AfD mit 21,8 % auf Platz 3 ab. Die SPD fuhr eine weitere Schlappe ein und erreicht gerade 8,2 %, ein Minus von 4,2% gegenüber dem letzten Urnengang.

Die Berliner Regierungsparteien kommen so auf 30 %, das schlechteste Ergebnis der ehemaligen „Volksparteien“. Auch die Grünen schafften nur 5,2 %.

Die AfD beendete die ostdeutschen Landtagswahlen erwartungsgemäß. Wie in Brandenburg gelang es ihr, vor der CDU zu landen und mit 23,4 % sich klar über der 20 %-Marke zu etablieren. Auch wenn für Spitzenkandidat Höcke selbst die bürgerlichen Medien keinen Nazi-Vergleich scheuten, gab sich dieser nach den Wahlen biedermännisch-brav und offen für „bürgerliche“ Koalitionen mit der CDU. Im Wahlkampf vermied er weder Hinweise auf Machtergreifung noch NS-Rhetorik, nach der Wahl gibt Höcke eher den „Wolf im Schafspelz“.

Katastrophe für die Union

Bis 2014 regierte die CDU in Thüringen meist alleine, manchmal in Koalition. Als Rot-Rot-Grün siegte, beschwor die Union den

Wiedereinzug von SED und Staatssicherheit in die Erfurter Staatskanzlei. Der aktuelle CDU-Spitzenmann, Mohring, unterstützt auch die damalige rechten „Fackelmärsche“.

Nach der Wahl und vor allem nach einer relativ störungsfreien Regierung unter Bodo Ramelow in Thüringen, die nicht den Verfassungsschutz abschaffte, sondern diesem neue Stellen zusicherte, ruderte Mohring zurück. Für ihn scheint jetzt auch eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei denkbar, wenn auch nicht für seine Bundespartei. Dass gleichzeitig der CDU-Fraktionsvize Heym eine Koalition mit AfD und FDP ins Spiel bringt, die ebenfalls über eine Mehrheit im Landtag verfügen würde, verdeutlicht die tiefe Krise der Union, die vor allem in den ostdeutschen Ländern von der AfD als führende bürgerliche Kraft massiv herausgefordert wird. Während Mohring ganz den Landespolitiker gibt, nach dem Motto: „Was hat Berlin uns schon gebracht?“, z. B. beim Wahlkampf, beharrt der Bundesvorstand auf den geltenden Beschlüssen, nämlich dass es weder mit der Linkspartei noch mit der AfD Koalitionen geben dürfe.

Bundesvize Klöckner sieht gleich die CDU in der Bedeutungslosigkeit versinken, sollten diese „Tabus“ gebrochen werden, wie auch Carsten Linnemann die „Beliebigkeit“ verhindern will. Auch hier wird der nahende Untergang befürchtet, zumindest das „Ende als Volkspartei“.

Während die Äußerungen führender VertreterInnen der Linkspartei befürchten lassen, dass diese derzeit wahrscheinlich sogar opportunistisch genug wäre, um mit der Union zu koalieren, zeigt die aufkommende Debatte die unsichere Führungslage in der herrschenden bürgerlichen Partei offen auf. Parteichefin und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer ist umstritten, ihre mögliche KanzlerInnenkandidatur wird ständig angezweifelt, wie auch die mögliche Urwahl des/r KandidatIn ihre Rolle schwächt. Der gescheiterte Kandidat Merz holte via Springer-Presse vor allem gegen Kanzlerin Merkel aus. Diese führe zu wenig, die Große Koalition ruiniere das Land und er

könne sich schwer vorstellen, dass das noch 2 Jahre so weitergehen könne. Sicher kennt er jemanden, der besser KanzlerIn kann, auch wenn ihm inzwischen mit dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Laschet ein wichtiger Konkurrent erwächst. Dies zeigt, dass der Fortbestand der „Großen Koalition“ eben nicht allein von der Entscheidung der SPD im Dezember abhängt, sondern dass auch in der Union weitere Krisen und Brüche zu erwarten sind.

Dabei wird die Frage einer Koalition mit der AfD nur solange ein Tabu bleiben, wie die Europastrategie des deutschen Kapitals und ihrer wichtigsten Partei, der CDU/CSU, auf die Formierung der EU zu einem imperialistischen Block zielt, der weltmachtfähig ist. Je mehr dieses Ziel jedoch in die Ferne rückt, je mehr die EU und damit Deutschland hinter ihren RivalInnen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt zurückfallen, desto mehr werden Teile des deutschen Kapitals auf eine aggressiv-nationalistische Lösung, auf eine Alternative zur EU-Strategie drängen. Dann könnte die Stunde einer Koalition mit der AfD als extrem nationalistischer, rechtspopulistischer Kraft schlagen.

Die AfD hat in Thüringen nicht nur ihre Wahlerfolge konsolidiert. Zweifellos verschoben sich die Kräfteverhältnisse in der Partei auch weiter nach rechts, zugunsten des Flügels um ihren Spitzenkandidaten Höcke und den „Flügel“, das lose Netzwerk extrem nationalistischer, völkischer bis faschistischer Kräfte in der Partei. Am Parteitag in Braunschweig Ende November/Anfang Dezember ist eine weitere Stärkung dieser, von AfD-Fraktions- und Parteivorsitzendem Gauland politisch gedeckter Kräfte zu erwarten. Die Frage ist zur Zeit nicht, ob der „Flügel“ stärker wird, sondern nur wie viel und in welcher Form.

Letzter Ausweg Regierungsauftrag?

Für die Linkspartei dient ihr Spitzenergebnis gleich für

mehrere Unterfangen. Erstmal sonnt sich die aktuelle Spitze im Ergebnis „ihres“ Spitzenkandidaten und Ministerpräsidenten Ramelow. Damit wäre der Beweis für die Regierungstauglichkeit der Partei auch praktisch erbracht. Sie leitet davon gemäß den parlamentarischen Gepflogenheiten auch den Anspruch aufs Weiterregieren ab. Gegen die verlogene Rhetorik der „geschrumpften Mitte“ setzt die Linkspartei auch ihr Wahlergebnis ein. Sie will anhand ihrer Regierungspolitik der letzten fünf Jahre - nicht ganz zu Unrecht - auch als Teil der „Mitte der Gesellschaft“ anerkannt werden. Sie reklamiert für sich, dass sie stärkste Kraft der „Demokratie“ wäre, die mit allen „DemokratInnen“ - also allen außer der AfD - über Regierung, Koalition und Duldung sprechen will.

Wir wollen hier keine Kaffeesatzleserei betreiben. Aber die Tatsache, dass sich die Linkspartei auch „offen“ für ein Bündnis, eine Kooperation, eine Tolerierung mit und durch die CDU gibt, lässt Schlimmes befürchten. Zwar hat Fraktionschef Bartsch erklärt, dass es entscheidende Unterschiede zur Union gebe. Aber „Lösungen“ müssten auf Landesebene gefunden werden - und dafür müsse die Linkspartei vor Ort „freie“ Hand haben. Schließlich funktioniere eine Zusammenarbeit mit der CDU ohnedies schon lange auf kommunaler Ebene.

Während die Diskussion darüber die CDU in eine tiefe Krise stürzt, freut sich die Linkspartei als stärkste Kraft darüber, dass alle mit ihr reden müssen, dass eine Koalition gegen die Partei kaum möglich ist. Dass die CDU mit der Linkspartei sprechen wird, verbucht sie als „Erfolg“.

Hinsichtlich der vergangenen Legislaturperiode von 2014-2019 rühmt sich die Linkspartei, viele sozialpolitische Themen umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht zu haben. Sie habe versucht, eine Abkehr von der neoliberalen Verwaltungspolitik auf Länderebene durchzusetzen. Dummerweise war sie aber auch an die Durchführung der übergeordneten Bundesgesetze gebunden, so dass der große Bruch mit der restriktiven Budgetpolitik bislang ausblieb. Ein wie auch immer geartetes Bündnis oder die Zusammenarbeit mit der Union würde auch die letzte Hoffnung

auf dieses Unterfangen begraben, vor allem bei einer Koalition zwischen den beiden Parteien.

Eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung, Weiterführung der alten Koalition, die von Union und/oder FDP toleriert würde, wäre praktisch gelähmt. Selbst noch so geringfügige soziale Vorhaben könnten einfach blockiert werden.

Der einzige Ausweg, dass sich eine Linkspartei geführte Minderheitsregierung nicht auf Gedeih und Verderb an CDU, FDP oder auch die Grünen bindet, bestünde darin, dass sie mit ihrer Parlamentsfixiertheit bricht, auch wenn ein „Landesvater“ Bodo Ramelow als auf der Straße kämpfender Ministerpräsident schwer vorstellbar wäre. In jedem Fall müsste sich eine solche Minderheitsregierung, die ohne Koalitionen mit offen bürgerlichen Parteien auskommen will, auf die Mobilisierung der WählerInnen und AnhängerInnen der Partei stützen, vor allem auf die sozialen Bewegungen wie Fridays for Future, auf antirassistische und antifaschistische Kräfte und auf die Gewerkschaften. Immerhin haben lt. einer Umfrage des DGB überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder (36,5 %) Linkspartei gewählt, ein Zeichen dafür, dass die organisierte ArbeiterInnenklasse von dieser Wahl durchaus reale Verbesserungen erwartet.

In jedem Fall würde eine solche Politik einen Bruch mit der bisherigen Strategie und Programmatik der Linkspartei erfordern. Eine Minderheitsregierung der Linkspartei wäre zwar selbst noch im Falle einer Alleinregierung dieser Partei eine bürgerliche Regierung – aber die Mobilisierung um konkrete Forderungen auf der Straße und in den Betrieben könnte eine neue, fortschrittliche Dynamik in die Situation bringen.

Zweifellos ist diese Variante angesichts der Ausrichtung der Linkspartei extrem unwahrscheinlich. Eine solche Politik hätte aber enorme Vorteile, auch für den Fall, dass Ramelow und seine Partei von einer

parlamentarischen Mehrheit gestürzt würden. Für diese wäre es überaus schwierig, selbst eine Regierung zu bilden. Genau diese instabile Situation, die der Linkspartei als größtes aller Übel erscheint, könnte durch eine massive Mobilisierung auf der Straße und in den Betrieben zu einer Chance werden, Gegenmachtstrukturen aufzubauen, die anderen Parteien durch die ArbeiterInnenklasse herauszufordern.

Wie gegen rechts?

Für die Linkspartei und ihre Führung ist es jedoch bezeichnend, dass sich ihre Vorstellungen einzig auf das Feld parlamentarischer Kombinationen beschränken.

In den „liberalen“ bürgerlichen Medien wie SPIEGEL, Süddeutsche Zeitung oder Die Zeit wird die CDU ziemlich direkt aufgefordert, ihre Hemmnisse gegenüber der Linkspartei abzulegen und irgendwie den Ministerpräsidenten Ramelow zu halten. Anders die konservativen Medien wie die Springer-Presse, die die „Radikalen“ als WahlsiegerInnen sehen, quasi Thüringen verloren zwischen SozialistInnen und Nazis. Auch die berüchtigten „Weimarer Verhältnisse“ werden bemüht. Eine Koalition mit den Linken wird als „Tabubruch“ betrachtet. Den liberalen Medien geht es praktisch um stabile Verhältnisse, notfalls auch mit der Linkspartei. Schließlich weisen sie zu Recht darauf hin, dass die Linkspartei längst nicht so „extrem“ ist, wie von FDP und CDU beschworen, und fest auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Verhältnisse, von Parlamentarismus und „sozialer“ Marktwirtschaft steht. Als eigentliche Gefahr und die einzigen „ExtremistInnen“ gelten ihr – nicht so viel anders als der Linkspartei und der gesamten demokratischen Öffentlichkeit – die Bösewichte von der AfD.

Im Kampf gegen rechts stellt die Bindung an bürgerliche Parteien für die ArbeiterInnenklasse ein strategisches Hindernis dar. Ohne eine politische

Anerkennung der bürgerlichen Ordnung, des Privateigentums sind solche Bündnisse und erst recht Regierungskoalitionen oder Duldungen nie zu haben. D. h. sie kommen praktisch einer offenen Unterordnung unter die Interessen der herrschenden Klasse gleich. Auch wenn das „Bündnis der Demokratie“ in Regierungsform auf den ersten Blick als eine Stärkung im Kampf gegen die AfD und ihre faschistischen Verbündeten erscheint, weil es noch mehr gesellschaftliche Kräfte und Klassen umfasst, so stellt es in Wirklichkeit eine Schwächung des Kampfes dar. Stärkung träte nur ein, wenn die Kräfte eines solchen Bündnisses in eine Richtung ziehen würden. Im besten Fall ziehen aber ArbeiterInnenklasse und Kapital in entgegengesetzte Richtungen, paralisieren sich also und entfalten daher keine Kraft im Kampf gegen rechts. Im schlimmsten Fall - und so läuft es bei Koalitionsregierungen von offen bürgerlichen und reformistischen Parteien immer - ordnen sich die VertreterInnen der Linken den bürgerlichen unter, stärken also nur deren gesellschaftliche Position und schwächen damit die ArbeiterInnenklasse. Dass 22 % der Gewerkschaftsmitglieder in Thüringen AfD gewählt haben, verdeutlicht das Problem und die Gefahr, dass sich noch mehr Lohnabhängigen dem Rechtspopulismus zuwenden, wenn Linkspartei, SPD und Gewerkschaften auch noch gemeinsame Sache mit CDU und/oder FPD machen.

Das wird in Krisensituation, bei scharfen sozialen Konflikten, drohenden Massenentlassungen besonders fatal. Völkisch-nationalistische und populistische Kräfte wie die AfD können sich umso besser als VertreterInnen „des Volkes“ gegen die „demokratische“ Elite inszenieren, womöglich garniert mit Rassismus, Antisemitismus und demagogischem Anti-Kapitalismus.

Daher gilt es, an die Linkspartei in Thüringen die Forderung zu stellen: Keine Koalition mit CDU, FDP und Grünen! Schluss mit der Parlamentsfixiertheit! Mobilisierung für die Forderungen von Fridays for Future, für die sozialen Versprechungen der Partei wie kostenlose Kita-Plätze, für Mindestlohn, gegen rassistische und faschistische Aufmärsche, für den Stopp aller Abschiebungen!

Dieser Forderungen sollten Anti-KapitalistInnen in Thüringen an die Linkspartei (wie auch an die Gewerkschaften und die Restbestände der SPD) richten. Zugleich gilt aber auch für dieses Land: Der Reformismus – ob nun mit Ramelow als Ministerpräsident, ob in der Opposition – selbst vermag keine überzeugende, tragfähige Antwort auf die aktuelle politische Krise zu geben. Die verschärfte gesellschaftliche Konfliktlage, die das Wahlergebnis auch zum Ausdruck bringt, will er umschiffen, sich ihr zu stellen vermag er nicht. Dazu bedarf es einer politischen Neuformierung, einer neuen revolutionären ArbeiterInnenpartei.

Erdogan-Putin Deal gegen Rojava

Robert Teller, Neue Internationale 242, November 2019

Das am 22.

Oktober in Sotschi ausgehandelte türkisch-russische Abkommen über die Einrichtung einer Pufferzone entlang der türkisch-syrischen Grenze verändert die Kräfteverhältnisse in Syrien grundlegend.

Erstens festigt

es Russland als unbestrittene, einzige verbliebene Hegemonialmacht. Syrien wird de facto zu einer Art russischen Mandatsgebiets. Die letzten Wochen und Monate verdeutlichen, dass im Land ohne Zustimmung Putins nichts geht, dass selbst reaktionäre Potentaten wie Erdogan und Assad letztlich ihre Ziele nur in Abstimmung und durch Zustimmung oder Akzeptanz der Kremls umsetzen können.

Umgekehrt offenbart der Deal die Schwäche des „Westens“, also der USA und erst

recht der europäischen imperialistischen Mächte.

Zweitens ist die Türkei ihrem Ziel, die kurdische Selbstverwaltung in Rojava zu beseitigen, deutlich näher gekommen. Sie steht nun offen zur Disposition.

Drittens sollen der türkische Einmarsch und die Vereinbarung von Sotschi zwischen Russland und der Türkei zur Wiederherstellung der Kontrolle des syrischen Regimes über die kurdischen Gebiete führen und damit dessen konterrevolutionären Siegeszug vollenden.

Eine ganze Reihe konterrevolutionärer Verschiebungen droht damit zu einem unrühmlichen Abschluss zu kommen. Der „Frieden“, den das Abkommen bringen soll, bedeutet den Frieden von Niederlage und Aufteilung Syriens unter den Kräften der Reaktion. Es stellt insbesondere eine Niederlage des kurdischen Volkes und die drohende Zerstörung der in Rojava errungenen Formen von Autonomie und Selbstbestimmung dar.

Abzugspläne der USA und erste Pufferzone

Trumps beabsichtigtem Truppenabzug im Blick, drohte die Türkei seit Monaten offen mit einer Militäroffensive gegen Rojava, falls keine „Einigung“ mit den USA zustande kommen sollte. Eine solche erfolgte Mitte August. Im Gegenzug für einen Teilrückzug der kurdischen Kräfte von der türkischen Grenze versprach die Türkei, keine Invasion durchzuführen. Die Kurdischen Selbstverteidigungskräfte (YPG/JPG) und die Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) erfüllten aufgrund von US-Garantien diese Forderung.

Das Versprechen der

Türkei hielt dann gerade 6 Wochen. Am 9. Oktober begann sie dem Einmarsch entlang der Grenze zwischen den Städten Tell Abyad und Ras al-Ayn, nachdem sich

Erdogan Trumps Zustimmung hierfür eingeholt hatte und dieser den sofortigen Abzug der US-Truppen aus der Region anordnen würde. Nach der am 22. Oktober zwischen der Türkei, Syrien und Russland getroffenen Vereinbarung muss sich die

YPG/YPJ aus einem 30 Kilometer breiten Streifen vollständig zurückziehen, hier übernimmt Russland gemeinsam mit dem syrischen Regime die Kontrolle. Die Türkei

behält die alleinige Kontrolle über die während der Offensive eroberten Gebiete.

Kriegsziele der Türkei

Erklärtes Ziel

der türkischen Invasion ist es, die gesamte Grenzregion von kurdischen Kräften zu „säubern“ und letztlich der Selbstverwaltung Rojavas ein Ende zu setzen, die de facto seit 2012 die staatliche Unabhängigkeit einer mehrheitlich kurdischen Region unter Führung der PKK-nahen PYD darstellt. Die türkische Regierung strebt an, zwei Millionen syrische Flüchtlinge in der „Pufferzone“ anzusiedeln, was der ethnischen Säuberung dieser Gebiete gleichkommt. Obgleich ein Verstoß gegen internationales Recht, wird in der Vereinbarung von Sotschi anerkannt wird. Das Erdogan-Regime bedient sich des Rassismus gegenüber den Flüchtlingen,

um derartige reaktionäre Maßnahmen zur Durchsetzung seiner regionalen Interessen zu legitimieren. Zugleich wird damit die Grundlage für einen neuen nationalen Konflikt in den kurdischen Gebieten gelegt. Die von der Türkei geplanten Umsiedlungen stehen in einer Reihe mit der Arabisierungspolitik des syrischen Baath-Regimes in den 1970er Jahren, die mit genau der gleichen Zielsetzung betrieben wurde: dem Anspruch der kurdischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung einen Riegel vorzuschieben.

Darüber hinaus

bekräftigt die Vereinbarung auch die Adana-Erklärung von 1998, in der sich Syrien auf türkischen Druck verpflichtete, jegliche Tätigkeit der PKK in Syrien zu unterbringen, also als Hilfstrupp des türkischen Staates bei der Unterdrückung der KurdInnen zu fungieren.

Veränderte Kräfteverhältnisse

Wenige Tage nach

Beginn der türkischen Invasion stimmten die „Syrischen Demokratischen Kräfte“ der Entsendung von Assads Truppen in die kurdischen Gebiete zu. Das syrische Regime hat seinen territorialen Anspruch auf Rojava viele Male betont, aber während der vergangenen 7 Jahre war es nicht in der Lage, diesen Anspruch tatsächlich durchzusetzen. Der wichtigste Nebeneffekt der türkischen Invasion ist, dass sie Rojava dem syrischen Regime als einzig verbliebenem möglichen Verbündeten ausliefert. Während die USA die kurdischen Kräfte als temporär nützliche Alliierte und Bodenstruppen für den Kampf gegen Daesh benutzten, gibt es für Assad nichts „Nützliches“ an Rojava selbst.

Für das syrische

Regime ist es schlicht und einfach eine illegitime Verletzung seiner Souveränität. Der einzige Grund für Assad, Rojava in den vergangenen Jahren zu verschonen, war, dass es für das Regime weit wichtigere Kriegsziele gab. Mit dem Siegeszug im syrischen Bürgerkrieg wird nun unverhofft eine „Lösung“ für Rojava greifbar, die auch den Konflikt mit der Türkei zu befrieden imstande ist, und die sich in der Sotschi-Vereinbarung abzeichnet. Auch wenn die Regime von Assad und Erdogan im syrischen Bürgerkrieg GegnerInnen waren, haben sie sich gleichermaßen bei der Unterdrückung der KurdInnen verdient gemacht. Wie aus den 1990er-Jahren bekannt ist, taugt dies durchaus als Grundlage einer Zusammenarbeit beider Regierungen. Kurz gesagt: Wenn das selbstverwaltete Rojava als letztes Überbleibsel der Revolte von 2011 beseitigt ist, erleichtert das eine einvernehmliche Lösung zwischen Türkei, Syrien, Iran und Russland.

Eine
gute Nachricht ist das bestimmt nicht.

Niedergang der US-Hegemonie

So umstritten
der plötzliche Truppenabzug in den USA auch ist, kennzeichnet er doch das
Anerkennen der Tatsache, dass Russland als imperialistische Hegemonialmacht in
Syrien das Heft in der Hand hat. Er bedeutet auch ein Scheitern des Versuches,
dem iranischen Streben nach Einfluss in Syrien Einhalt zu gebieten. Es ist auch
davon aufzugehen, dass der Iran gegen die verbliebenen Elemente kurdischer
Selbstbestimmung vorgehen wird.

Die PYD und
damit die Führung von Rojava betrachtete ihre Beteiligung an der
Anti-Daesh-Koalition als Garantie gegen eine türkische Invasion. Wie zu
erwarten, ließ der US-Imperialismus seinen einstigen Verbündeten fallen - und
bringt damit Rojava an den Rand seiner Existenz.

Doch die
Kurdische PYD war kein unschuldiges Opfer dieser Politik, sie selbst hing der
Illusion an, bei diesem Zweckbündnis auch profitieren zu können und machte sich
die Hoffnung zu eigen, im Windschatten der US-Präsenz eine „anderes“
Gesellschaftsmodell aufbauen zu können. Diese Politik scheiterte - und war von
Beginn an zum Scheitern verurteilt.

Das größte Problem
dieser Bündnispolitik bestand und besteht darin, dass sie verhindert hat, die
Verteidigung von Rojava mit dem Klassenkampf in der Region und insbesondere
der

Türkei zu verbinden. Dass Rojava zum Gegenstand imperialer und regionaler Konflikte werden musste, liegt naturgemäß daran, dass seine bloße Existenz die territorialen und machtpolitischen Interessen mehrerer Staaten berührt. Dass die KurdInnen dabei zum politischen Spielball der russisch-amerikanischen Rivalität wurde, lag natürlich immer im zynischen Kalkül dieser Mächte.

In diesem

Kontext war es natürlich auch legitim, ja untermeidlich, die imperialistische Gemengelage etwa im Kampf gegen Daesh zum eigenen Vorteil auszunutzen. Die Politik der PYD ging jedoch weit

darüber hinaus, so dass sie sich zum Verbündeten einer reaktionären Mächtegruppe, des US-Imperialismus wurde.

Das hätte jedoch

nur verhindert werden können, wenn die PYD einen internationalistischen Kurs der aktiven Verbindung mit den demokratischen Kräften der Syrischen Revolution und des „Arabischen Frühlings“, mit dem Widerstand in der Türkei, im Irak oder auch in Palästina verfolgt hätte. So hätte z. B. die Blockade gegen Rojava durch die irakisch-kurdische Regierung zum Gegenstand des Klassenkampfes gemacht werden können durch die Mobilisierung der irakisch-kurdischen Massen. Die PYD befolgte jedoch tatsächlich die Politik der „Nichteinmischung“. Sie hoffte ein quasi-staatliches Reformprojekt – eine „Kommune“ auf Basis von Marktwirtschaft und Warenproduktion – aufbauen zu können, indem sich Rojava möglichst aus dem

syrischen BürgerInnenkrieg und allen anderen großen Umbrüchen raushält. Dieses

Konzept musste scheitern, spätestens mit der Niederlage und Degeneration der syrischen Revolution und dem Sieg Assads und des russischen Imperialismus.

Solidarität mit Rojava! Nein zur türkischen Invasion! Nein zum Deal von Sotschi!

Unabhängig von

den politischen Differenzen mit der PYD treten wir für die Solidarität mit Rojava, die Verteidigung seiner demokratischen und sozialen Errungenschaften – der rechtlichen Gleichstellung der Frauen und des kurdischen Selbstbestimmungsrechtes.

Die

ArbeiterInnenklasse, RevolutionärInnen, ja alle demokratischen Kräfte müssen für den sofortigen Abzug der türkischen Besatzungstruppen und ihrer reaktionären Verbündeten eintreten! Dasselbe trifft für russische und syrische Truppen zu! Wir lehnen auch jede weiteren Verbleib von US-Truppen oder Stationierung von UN-Friedenstruppe, wie von Kamp-Karrenbauer vorgeschlagen, kategorisch ab.

Die KurdInnen

und die Bevölkerung von Rojava brauchen keine Besatzungstruppen, um sich gegen

die Banden des Daesh und andere reaktionäre Kräfte zu verteidigen, sondern wirkliche Kontrolle über Rojava! Um sich zu verteidigen, brauchen sie Waffen und Material. Zugleich aber brauchen ein Ende des Wirtschaftsembargos durch Türkei oder Irakisch-Kurdistan. Die imperialistischen Mächte und Regionalmächte, die auf allen Seiten für die Verwüstungen des Bürgerkrieges, für die Toten und Zerstörungen im Kampf gegen Deash mitverantwortlich sind, müssen gezwungen werden, wirkliche Aufbauhilfe zu leisten, indem sie für die Schäden durch die Zerstörung durch Angriffe und Bombardements aufkommen.

Die Forderung

nach Rückzug der Türkei stellt heute eine zentrale Forderung jeder Solidaritätsbewegung mit Rojava dar. Diese muss mit der nach einem sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen und militärischen Kooperation verbunden werden.

Gegen Erdogans

Drohung, die Geflüchteten in der Türkei in den Sicherheitskorridor zu zwingen,

fordern wir die Öffnung der EU-Außengrenzen für die Geflüchteten. Nur wenn wir die rassistische Abschottung hier bekämpfen, können wir auch verhindern, dass die Flüchtlinge für Kriegsziele des türkischen Nationalismus missbraucht werden.

Wir rufen daher zur Unterstützung aller Solidaritätsaktionen und Demonstrationen mit der kurdischen Bewegung auf! Wir fordern die Aufhebung des Verbots der PKK und aller anderen kurdischen und türkischen linken und demokratischen Organisationen in der BRD und in der EU!

Bundesbank fordert Rente mit 70. Was für eine geniale Idee!

Eine Glosse von Kuno Benz, Infomail 1074, 25. Oktober 2019

Endlich ist die Non-Plus-Ultra-Lösung gegen Wirtschaftskrise, Altersarmut, Demoskopie und Demenz gefunden! Keine geringere Institution als die Bundesbank darf sich als Retterin der Nation fühlen! Man erhöht einfach das Renteneintrittsalter und schon floriert die Wirtschaft wieder. Die Arbeitslosen verschwinden wie von selbst, denn sie dürfen ja nun bis 70 arbeiten! Die Gewerkschaften beschäftigen sich endlich statt mit Arbeitskämpfen-aus-dem-Weg-Gehen mit der Frage des Kampf-gegen-die-Rente-mit-70-Vermeiden. Immerhin hat man darin ja noch den Erfahrungsschatz des Rente-mit-67-durchgehen-Lassens.

Die KollegInnen in den Betrieben sind da bereits weiter. Schon gibt es

Vorschläge, spezielle Pflegestationen einzurichten mit krankengerechten Bildschirm-Arbeitsplätzen. Die Pflegekräfte (viele neue Arbeitsplätze!) kommen dann in den Bildschirmpausen, um die MitarbeiterInnen zu füttern und die Windeln

zu wechseln. Es gibt keine chronisch fehlenden Pflegeheimplätze mehr, die Pflege verlagert sich einfach in die Betriebe - und schon sind wir dem uralten Wunsch des generationenübergreifenden gemeinsamen Lebens und Arbeitens ein Stück nähergekommen.

Dumm nur, dass viele KollegInnen solche Chancen gar nicht sehen wollen und sich womöglich daran erinnern, wie mit spontanen Streiks 1996 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verteidigt wurde und die Gewerkschaften nur mit viel Mühe die Bewegung wieder einfangen konnten.

Noch schlimmer aber wird es um so geniale Ideen wie der Rente mit 70 bestellt sein, wenn die ArbeiterInnenbewegung erst Ernst macht mit Forderungen wie „gleitende Arbeitszeitskala“ - also Reduzierung der Arbeitszeit so lange, bis es keine Arbeitslosen mehr gibt - verbunden mit einer ArbeiterInnenkontrolle über die Produktion.

Wenn dann 70-jährige BundesbankpräsidentInnen und WirtschaftsministerInnen auch noch in der Produktion mitarbeiten, dann können sie erst richtig zeigen, was in ihnen steckt. Ob sie aber dann noch immer so geniale Ideen produzieren?

Antisemitischer Anschlag in Halle

(Saale): Der Schoß ist fruchtbar noch ...

Gruppe ArbeiterInnenmacht, Infomail 1072, 10. Oktober 2019

Lange Zeit wurde der sich wieder erhebende rechte Terror in Deutschland verharmlost oder gar verleugnet. Am Mittwoch, den 9. Oktober, hat er einmal mehr seine blutige, menschenverachtende Fratze gezeigt. Mindestens ein schwerbewaffneter, paramilitärisch auftretender Nazi versuchte, in Halle (Saale) in eine Synagoge einzudringen, um dort am Jom-Kippur-Feiertag (Tag der Sühne, Versöhnungsfest) ein Blutbad anzurichten. Vorbild war offenbar das rechte Attentat auf die Tree-of-Life-Synagoge in Pittsburgh vom letzten Jahr. Der Nazi von Halle filmte seinen Auftritt, wobei er in einem wirren Rundumschlag den Holocaust leugnete, den Feminismus für den Rückgang der deutschen Bevölkerung verantwortlich machte und natürlich die „Umvolkung“ durch Migration als durch „die Juden verursacht“ erklärte - wobei dann „die Juden“ wieder eigentlich an allem schuld seien.

Natürlich wird in den nächsten Tagen wieder viel vom „verrückten Einzeltäter“ die Rede sein, auch wenn mittlerweile selbst bürgerliche RechtsextremismusforscherInnen diese Sichtweise offen in Frage stellen. Dies kennen wir schon von vielen „Einzelfällen“, wie etwa dem Mord an Walter Lübcke (dem Kassler Regierungspräsidenten) im Juni. Dabei handelt es sich nur um die Spitze des Eisberges von alltäglichen rassistischen und faschistischen Gewaltakten sowie eine offensichtlich immer stärkere Aufrüstung auf allen Ebenen der rechten Szene. Wie die NSU-Affäre gezeigt hat, wurde das schon bestehende Ausmaß der rechten Terrorszene von den „Sicherheitsbehörden“ heruntergespielt und auf ein kleines, unbedeutendes, jugendliches Killertrio reduziert.

Dagegen reicht eine Internetsuche über Beschlagnahme von Waffen bei Polizeirazzien allein in diesem Jahr, um festzustellen, dass selbst die Polizei wissen müsste, dass die rechte Szene wohl schon eine kleine Armee ausrüsten könnte. Die Machtergreifungsphantasien der Gruppe „Revolution Chemnitz“, die im Gefolge der Chemnitzer Hetzjagden im letzten Oktober in der Bundesrepublik einen rechten Aufstand lostreten wollte, haben wohl einen realen Hintergrund in Form einer sich ausweitenden faschistischen Szene und eines politischen Rechtsrucks. Dabei können sich die rechten Kreise auf Sympathien und UnterstützerInnen auch in den „Sicherheitsbehörden“ stützen. Dazu zählen nicht nur die VerharmloserInnen und VerleugnerInnen von der Art des Herrn Maaßen, dem ehemaligen Verfassungsschutzpräsidenten. Rechte Netzwerke, die bei Bundeswehr und SEKs aufgedeckt wurden, sind wohl nur die Oberfläche. Auch die Affäre um die Anwältin eines NSU-Opfers, die offenbar aus Polizeikreisen selbst bedroht wurde, zeigt das Ausmaß der rechten Verseuchung.

Das ist der Bodensatz, aus dem rechter Terror wie der des Stephan B. in Halle erwächst, der ihn sich bewaffnen lässt, von dem er ideologisch geprägt, fanatisiert und „ausgebildet“ wurde. Auch würde es nicht wundern, wenn der symbolkräftige Angriff auf eine Synagoge von einer größeren Gruppe vorbereitet wurde und wie so oft als Auftakt für „Größeres“ geplant war. Tatsächlich scheiterte B. glücklicherweise an der Sicherheitstür der Synagoge und so endete die Aktion in der sinnlosen Tötung und Verletzung von unbeteiligten PassantInnen und einem aussichtslosen Gefecht mit sehr spät eintreffenden Polizeieinheiten. Damit wird sich auch die rechte Szene nur bedingt zu einem solchen „Helden“ bekennen – ohne dass damit gesagt ist, dass er dort nicht einen ähnlichen Status wie die NSU-IdiotInnen bekommen wird, NachahmungstäterInnen mit eingeschlossen.

Natürlich ist diese Entwicklung der rechten Gewalt nicht zu trennen vom allgemeinen Rechtsruck in Deutschland und weltweit. Nachdem der

„Kampf gegen Umvolkung“ wieder parlamentsfähig geworden ist und die Naziverbrechen als „Fliegenschiss“ verharmlost werden dürfen, ohne dass die betreffenden politischen Kräfte (nicht nur die AfD) von der Straße gefegt und von der Öffentlichkeit geächtet werden, ist die braune Scheiße, die sich in seinem Windschatten wieder hervortraut, wahrlich kein Wunder. Darüber hinaus findet sich in Halle (Saale) ganz konkret ein rechter Sumpf, der die Herausbildung der barbarischen Gesinnung eines Stephan B. sicherlich begünstigte. Er musste nicht im „anonymen“ Netz suchen, um ein rechtes, rassistisches, völkisches Milieu zu finden. In Halle (Saale) findet sich ganz real auch ein Zentrum der „Identitären Bewegung“, in dem AfD-Rechte und Neonazis ein und aus gehen.

Bei dem ganzen Revival von Völkischem und vaterländischer Wiederbesinnung ist auch klar, dass eines der Kernelemente des rechten Populismus wieder voll lebendig ist: der Antisemitismus. „Die Juden/Jüdinnen“ als die angeblichen Totfeinde alles Völkischen, die „vaterlandslosen KosmopolitInnen“, die VertreterInnen des „Globalismus“ müssen immer wieder als ultimative/r FeindIn der Rechten herhalten. Der Rassismus, das Kernelement der rechten Ideologie, braucht die „Antirasse“, die „Kraft“, die angeblich alles „gesunde Volkstum“ untergräbt und per „globaler Gleichmacherei“ auflösen würde.

Spätestens seit Halle sind all diejenigen, die den Eindruck erweckt haben, Antisemitismus sei ein Thema von anti-israelischer Hetze und Palästina-Solidarität, widerlegt. Die reale und wachsende Gefahr auch für die jüdischen Menschen in Deutschland geht wahrlich nicht von BDS, MigrantInnen aus muslimisch geprägten Ländern oder anti-zionistischen Linken aus – wie man es auch aufgrund von Publikationen gewisser anti-deutscher „Linker“ glauben könnte –, sondern von der „Mitte“ der deutschen Gesellschaft, die sich wiederum rassistisch mobilisieren lässt – und in der sich offensichtlich auch wieder der eliminatorische Antisemitismus erhebt. Es war nur eine Frage der Zeit, dass die allgemeine Hetze gegen MigrantInnen auch in mordbereiten Antisemitismus umschlägt.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ - Mit diesem Satz endet bekanntlich Brechts Stück „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo

Ui“. Der Schoß, aus dem Faschismus und Barbarei krochen, sind nach wie vor fruchtbar, bringen nach wie vor Ungeheuer hervor - nicht nur in Form eines barbarisierten antisemitischen Attentäters, sondern auch in Form wachsender kleinbürgerlicher, reaktionärer, rechtspopulistischer oder gar faschistischer Bewegungen und Gruppierungen.

Auf den bürgerlichen Staat, auf die Polizei und Dienste ist in diesem Kampf nicht erst seit dem NSU-Skandal kein Verlass. Antisemitismus, Rassismus und Faschismus müssen wir selbst organisiert und massenhaft entgegentreten, indem wir eine breite antifaschistische Aktionseinheit aufbauen, die sich auf jene gesellschaftliche Kraft stützt, die Faschismus, Rassismus, Rechtspopulismus und Antisemitismus wirklich stoppen und den Nährboden entziehen kann: die ArbeiterInnenklasse. Die Lehre - nicht nur aus Halle (Saale) - muss sein, eine solche Einheitsfront der Gewerkschaften, reformistischen ArbeiterInnenparteien, der radikalen Linken, MigrantInnen und rassistisch Unterdrückten aufzubauen, die Naziterror und Rechtsextremismus gemeinsam, organisiert und militant entgegentritt.

- Gegen jede rassistische Gewalt - Kampf dem Antisemitismus!

- Zerschlagung der neuen Nazibanden durch massenhafte und organisierte gemeinsame Aktion und Mobilisierung!

- Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat - organisiert die antifaschistische Selbstverteidigung!